IMT Nuremberg Archives

H – 306

International Court of Justice

H0306 – 0001

File Copy

H0306 - 0002

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 20. MAERZ 1946.
SITZUNG 10.00 BIS 13.00 UHR.

Mr. Justice Jackson: Mit Erlaubnis des Gerichts, die letzte Frage, die ich gestern abend zu stellen hatte mit Bezug auf die Mobilisierungsvorbereitungen im Rheinland lautete aufgrund des offiziellen Protokolls wie folgt: "Aber sie hatten einen Charakter, der dem Ausland ganz geheim gehalten werden musste" und die Antwort lautete: "Ich glaube nicht, dass ich mich daran erinnern kann, die Veroeffentlichung der Mobilmachungsvorbereitungen der Vereinigten Staaten jemals vorher gelesen zu haben.

Nun als Vertreter der Vereinigten Staaten habe ich nunmehr die Wahl vor mir entweder diese Bemerkung zu ignorieren und sie fuer Menschen bestehen zu lassen, die unser System nicht verstehen oder aber unter grossem Zeitverlust auf die Unrichtigkeit der Bemerkung einzugehen oder sie gar zu widerlegen. Die Schwierigkeit, die daraus entsteht, ist folgende, Herr Vorsitzender: Wenn es dem Zeugen erlaubt ist, von sich aus Erklaerungen im Kreuzverhoer zu geben, besteht keine Moeglichkeit, Einspruch dagegen zu erheben, ehe diese Erklaerungen nicht zu Protokoll stehen. Wenn natuerlich eine derartige Antwort durch eine Frage des Anwalts vorher angedeutet worden waere, - was, Hohes Gericht, der ordentliche Vorgang waere - waere Einspruch erhoben worden. Das Gericht waere in der Lage gewesen, seine Pflicht gemaess den Statuten zu erfuellen und ich haette die Verhandlung abkuerzen koennen, indem ich die Frage gar nicht gestellt haette.

Paragraph 18 des Statut sagt, dass das Gericht belanglose Fragen und Erklaerungen irgendwelcher Art unterdruecken kann. Diese Frage steht nun vor uns. Wir koennen jenen Pflichten nicht nachkommen, wenn der Angeklagte von sich aus immer wieder diese Erklaerungen machen darf, ohne dass diesbezuegliche Fragen gestellt worden sind. Ich erlaube mir zu erklaeren, dass, wenn der Beschluss des Gerichtshofes beibehalten werden soll, der Angeklagte von sich aus Antworten dieser Art geben kann, die Fuehrung dieser Verhandlung dem Angeklagten uebergeben wird und dass den Vereinigten Staaten im wesentlichen das Recht des Kreuzverhoers unter den Statuten verweigert worden ist, weil das Kreuzverhoer in dieser Art und Weise nicht wirksam durchgefuehrt werden kann. Da wir nicht voraussehen koennen, koennen wir nicht . . . . .

H0306 - 0003

Versitzender: Ich bin ganz Ihrer Meinung, dass jede Bemerkung betreffs der Geheimhaltung der Mobilisierung Amerikas absolut belanglos ist und diese Antwort nicht haette gegeben werden sollen, aber die einzige Regel, die das Gericht festlegen kann, ist die Regel, die schon festgelegt worden ist, dass der Zeuge, wenn irgend moeglich, mit ja oder nein antworten muss und dass er erst dann die noetigen Erklaerungen abgeben kann, nachdem er die Fragen direkt in dieser Art und Weise beantwortet hat und dass derartige Erklaerungen kurz und keine Reden sein muessen. Was diese Antwort anbetrifft, ist sie meiner Meinung nach vollkommen belanglos.

Mr. Justice Jackson: Ich muss mich natuerlich der Entscheidung des Gerichts fuegen, aber es ist der 2. Teil. Ich entsinne mich genau der Ermahnung des Gerichts, dass mit ja oder nein geantwortet werden soll. Dieser Zeuge hat aber darauf nicht in geringster Weise reagiert. Ich kann dem Zeugen keinen Vorwurf daraus machen; er verfolgt seine eigenen Interessen. Aber wir haben keine Moeglichkeit, dem zuvorzukommen und hier haben wir diese Erklaerung im Protokoll vor uns, denn, wenn diese Aussagen ohne Aufforderung gemacht werden, stehen sie im Protokoll, ehe das Gericht darueber eine Entscheidung treffen kann und ich keine Gelegenheit habe, einen Einwand zu erheben; und das Gericht hat keine Gelegenheit, darueber zu entscheiden.

Und es lert, wie ich schon sagte, die Kontrolle der Prozessfuehrung in die Haende des Angeklagten, wenn er erst Behauptungen aufstellt und es dann uns ueberlaesst, sie zu ignorieren, durch langes Kreuzverhoer zu ----- oder sie zu widerlegen; und ich bin der Meinung, dass dieser besondere Vorwurf, den er jetzt vom Zeugenstand aus gegenueber den Vereinigten Staaten erhoben hat, diesen Fall darstellt. Das Hohe Gericht sagt den Vereinigten Staaten, dass diese Antwort nicht angebracht war. Sie steht aber im Protokoll und wir muessen damit fertig werden.

Vorsitzender: Welchen Einwand erheben Sie jetzt? Soll das heissen, dass Sie das Gericht fragen wollen, die Antwort aus dem Protokoll zu streichen?

Mr. Justice Jackson: Nun, nein, wir wissen, dass in einem Prozess dieser Art, wo die Propaganda eines der Zwecke ist, Ausstreichen nichts nuetzt, nachdem die Antwort gemacht wurde und Goering weiss das sowohl wie ich. Der Vorwurf gegen die Vereinigten Staaten wurde gemacht und er steht in dem Bericht. Ich beantrage nun

H0306 - 0004

dass dem Zeugen anheim gestellt wird, dass er auf meine Fragen mit ja oder nein zu antworten hat, wenn das moeglich ist und dass die Erklaerung hinterher durch seinen Anwalt derartig herausgebracht werden kann, sodass es uns ermoeglicht, Einwaende geltend zu machen, wenn sie belanglos sind und Entscheidungen des Gerichts zu erreichen, sodass das Gericht seine Aufgabe, belanglose Angelegenheite und Erklaerungen irgendwelcher Art zu streichen, ausueben kann. Wir koennen diesen Prozess nicht zu einem kleinen Streit zwischen der Anklagebehoerde und dem Zeugen ausarten lassen. Das ist nicht, was die Vereinigten Staaten erwarten. Ich erlaube mir, vorzuschlagen, dass, wenn er irgend eine Moeglichkeit zu einer Herausforderung . . . . .

Vorsitzender: Mr. Jackson, wuenschen Sie nunmehr vom Gericht, dass der Zeuge jede Frage mit ja oder nein zu beantworten hat und dann auf sein nochmaliges Verhoer warten muss, bis er irgendwelche Erklaerungen machen darf?

Mr. Justice Jackson: Ich glaube, das ist die Regel des Kreuzverhoers unter gewoehnlichen Verhaeltnissen. Der Zeuge muss, wenn die Frage es zulaesst, antworten und die Antwort muss, wenn aufschlussreiche Erklaerungen abgegeben werden muessen, auf einen spaeteren Zeitpunkt zurueckgestellt werden.

Ich komme nochmals auf das besondere Problem zurueck, das wir im Moment haben; hier ist eine Antwort gegeben worden, die, wie das Gericht jetzt sagt, belanglos ist. Wir hatten aber keine Gelegenheit, Einspruch zu erheben; das Gericht hatte keine Gelegenheit, darueber zu entscheiden. Der Zeuge fragt: "Haben Sie jemals gehoert, dass die Mobilisierungsplaene der Vereinigten Staaten veroeffentlicht wurden?" Wir haetten selbstverstaendlich gegen diese Frage Einspruch erhoben. Die Schwierigkeit ist die, dass das Gericht momentan die Kontrolle ueber die Prozessfuehrung verliert in einem solchen Fall, wo wir alle wissen, dass Propaganda eines der Zwecke des Zeugen ist, wenn ihm dies erlaubt wird und wir dann beantragen, spaeter darauf einzugehen. Ich fuehle wirklich, dass den Vereinigten Staaten der Anspruch auf das Recht des Kreuzverhoers genommen wird, wenn dieses der Vorgang ist.

Vorsitzender: Ich glaube, Sie machen zuviel aus einem Satz, den der Zeuge ausgesprochen hat, ob Amerika seine Mobilisierungsplaene bekanntgibt oder nicht. Das ist bestimmt nicht von ueberwaeltigender grosser Wichtigkeit. Jedes Land haelt gewisse Dinge geheim.

H0306 - 0005

Vorsitzender: Es waere vielleicht besser, wenn amn eine derartige Bemerkung ignorierte, aber fuer eine Generalregelung wird das Gericht sich jetzt damit befassen. Ich habe zwar schon die Regel, wie sie mir erscheint, niedergelegt, ich will es aber nochmals feststellen und ich werde .....

Justice Jackson: Ich werde sagen, dass ich mit dem Gericht uebereinstimme, dass soweit es die Vereinigten Staaten betrifft, wir nicht beunruhigt werden bei dem, was auch der Zeuge darueber sagen kann, wir erwarteten vieles. Es handelt sich nur darum, wollen wir auf diese Dinge antworten oder beantworten wir sie nicht, abgesehen davon, wer die kontrolle des Prozesses hat. Es scheint mir, dass hier ein Anfang gemacht wird, die Leitung des Prozesses zu verlieren, wenn ich es so sagen darf, falls wir diese Situation nicht erfassen. Ich hoffe, dass das Gericht mir vergibt, wenn ich in so ernster Weise appelliere. Ich denke, es ist sehr vital.

Vorsitzender: Ich habe noch nie gehoert, dass die Anklagebehoerde jede unerhebliche Bemerkung beantworten muss, die im Kreuzverhoer gemacht wird.

Justice Jackson: Das stimmt wohl in einem Zivilprozess, aber ich bin ueberzeugt dass das Gericht weiss, dass ausser diesem Gerichtssaal eine grosse soziale Frage herrscht, die Frage der Wiederauflebung des Nazismus, und dass einer der Zwec des Angeklagten Goering ist - und ich glaube, dass er der erste sein wuerde, es zuzugeben - dass er denselben durch Propaganda aus diesem Prozess wieder auflebe und zum Fortleben bringen moechte.

Vorsitzender: Bitee, Herr Dr. Stahmer.

Dr. Stahmer: Ich wollte nur folgendes erklaeren: Es wurde hier der Vorwurf erhoben, als ob etwa Propaganda gemacht werden wuerde fuer den Nazismus oder fuer eine andere Richtung. Dieser Vorwurf ist, glaube ich, nicht berechtigt. Ich glaube auch nicht, dass der Angeklagte einen Vorwurf gegen Amerika hat erheben wolle Ich glaube, man muss zurueckgehen auf die Frage, die an ihn gerichtet war. Es wurde naemlich seitens der Anklagebehoerde darauf hingewiesen, dass dieses Dokument, das vorgelegt wurde, als "Geheim" bezeichnet war. Dann sagte, dass er niemals gehoert haette, dass eine solche Geheimsache in Amerika veroeffentlicht wuerde. Wenn er statt Amerika, in einen fremden Staat gesagt haette, dannwaere, glaube ich, die Sache voellig harmlos und unbedenklichgewesen. Im uebrigen war nach

H0306 - 0006

meiner Auffassung dies durchaus sachlich begruendet, denn dem Zeugen muss die Moeglichkeit gegeben werden, nicht nur mit Ja oder Nein zu antworten, sondern seine Antworten, wie es das Gericht schon gesagt, kurz begruenden koennen.

Vorsitzender: Herr Richter Jackson, das Gericht ist der Ansicht, dass die bereit bestehende Regel die einzig moegliche ist, und dass der Zeuge sich auf die direkte Beantwortung der Frage beschraenken muss, falls eine direkte Antwort moeglich ist und dass er keine Erklaerung abgeben darf, bevor er eine direkte Antwort gegeben hat. Aber, nachdem er eine direkte Antwort gegeben hat auf eine Frage, die eine direkte Antwort zulaesst, dann kann er eine kurze Erklaerung abgeben, und dass er nicht beschraenkt ist, einfach direkte Antworten mit Ja oder Nein zu geben und die Erklaerung zu lassen, fuer seinen Verteidiger, wenn er ihn wieder verhoert.

Soweit diese eine Erklaerung des Angeklagten in Frage kommt, so haette der Zeuge nicht Bezug auf Amerika nehmen sollen. Ich glaube, am besten waere es doch, wenn wir es ganz ignorieren.

JUSTICE JACKSON: Ich fuege mich natuerlich der Regel des Gerichts. Ich moechte nun dem Gericht gegenueber eine Erklaerung abgeben, ueber eines der Dokumenten. Am Schluss der letzten Sitzung sprachen wir ueber EC 405. Der Angeklagte Goering erhob Einspruch gegen den Gebrauch eines Wortes, das als "Freimachung" und nicht als "Befreiung" hier uebersetzt werden sollte. Wir haben inzwischen die Uebersetzung durchgesehn und finden, dass der Zeuge recht hat. Dieses Dokument ist unter Nummer GB 160 vorgelegt worden am 9. Januar, und zwar auf Seite 2396 des Gerichtsprotokolls, und da dies bereits als Beweismittel dem Gericht vorliegt, glauben wir, dass die Anklagebehoerde verpflichtet ist, fuer das Protokoll diese Korrektur vorzunehmen.

Kreuzverhoer mit MR. JUSTICE JACKSON:

Fr.: Sie haben gestern erklaert, dass das Protokoll der Sitzung des Verteidigungsrates, die wir Ihnen vorgelegt hatten, nicht das Protokoll einer Sitzung des Reichsverteidigungsrates selbst gewesen sei? Koennen Sie sich daran erinnern

H0306 - 0007

A: Das habe ich erklaert.

F: Und Ihre Aussage trotz dieses Dokumentes ist, dass der Reichsverteidigungsrat niemals zusammengetreten ist. st das richtig?

A: Das habe ich gesagt, jawohl.

F: Ich werde Ihnen nunmehr ein Dokument zeigen lassen, dass gerade in unseren Besitz gelangt. Das ist das Protokoll der zweiten Sitzung des Reichsverteidigungsrates. Ich sollte nicht sagen, dass es gerade in unseren Besitz gekommen ist, sondern wir haben gerade die Uebersetzung bekommen. Ich moechte nicht sagen, dass wir dies haben uebersetzen lassen. Wir haben es eben in unserer grossen Sammlung von Dokumenten entdeckt.

VORSITZENDER: Koennte Herr Dr. Stahmer eine Abschrift vom englischen haben?

JUSTICKE JACKSON: Wir haben es selbst noch nicht in englisch. Wir wissen nicht was darin steht. Wir wissen nur, es ist eine stenografische Aufnahme des Protokolls einer Konferenz. Wir haben eine Fotokopie.

F: Ist dies nicht das Protokoll der zweiten Sitzung des Reichsverteidigungsrates vom 28. Juni 1939 ?

A: Ich muss es erst durchseheh.

F: Ich verweise Sie auf die Tatsache, dass der Vorsitzende Ministerpraesident General-Feldmarschall Goering ist. Das steht auf Seite 1.

A: Das ist ja nie bestritten worden. Das ist ja durch Gesetz festgelegt worden. Es handelt sich hier um den zweiten Reichsverteidigungsrat, nicht um den ersten. Im uebrigen habe ich an der Sitzung nicht teilgenommen. Ich verweise, dass links die Stellen stehen, die als Dienststellen teilgenommen haben, und da steht bei mir "Ministerpraesident General-Feldmarschall Goering" und als Teilnehmer fuer

ihn rechts " Staatssekretaer Koerner und Staatssekretaer Neumann ". Ich muss das Schreiben erst durchsehen, um festzustellen, ob ich selbst auch daran teilgenommen habe.

Fr.: Steht da nicht auf Seite 1 direkt unter dem Vorsitz der Sitzung: "Vorsitzender : Ministerpraesident Goering" ?

A : Jawohl, ich muss es erst lesen.

Fr.: Wollen Sie jetzt ableugnen, dass dieses Protokoll echt ist ?

A : Ich habe es noch nicht durchgesehen. Es scheint mir absolut ein echtes Protokill zu sein, das gebe ich absolut zu, aber auch hier handelt es sich wieder nicht um eine Sitzung, wie ich an meinen Anwalt ausdraeckte, um den eigentlichen Reichsverteidigungsrat, sondern um eine umfassende Sitzung, zu der zahlreiche andere Dienststellen herangezogen waren, und um den zweiten nach 1938 geschaffenen Reichsverteidigungsrat, nicht um jenen geheimen, der aus dem Jahre 1933 - 1938 stammt.

Fr.:Mit anderen Worten, die Auslegung Ihrer Aussage ist, dass wenn Sie sagen, dass neimals der Reichsverteidungsrat zusammentrat, dann bedeutet es nur, es war keine Sitzung, bei der nicht auch andere Leute anwesend waren ?

A.: Nein, das ist nicht richtig. Es handelt sich um das zweite Reich verteidigungsgesetz des Reichsverteidigungsrates, wie ich auch in meiner Aussage klar zu machen versuchte, um den geheimen Reichsverteidigungsrat von 1933 -1938, und der Reichsverteidigungsrat, der dann 1938 geschaffen wurde und 1939 in den Ministerrat ueberfuehrt wurde und dieser hat weit ueber den Rahmen der zugehoerigen Mitglieder Sitzungen abgehalten.

F: Mit anderen Worten, Sie sagen, dies war nicht der Verteidigungsrat, der in aller Heimlichkeit zusammentrat.

A.: Ich moechte die Antwort erst mit Ja oder Nein beantworten, obwohl sich diese Frage schwer mit Ja oder Nein beantworten laesst. Ich behaupte, dass der geheime Reichsverteidigungsrat, der nicht veroeffentlicht wurde aus der Ministersitzung vor 1933 geschaffen wurde nie zusammengetreten ist. Nach 1938 wurde durch ein neues Reichsverteidigungsgesetz ein Neuer geschaffen, denn

H0306 - 0008

damals war ja die Aufruestung schon veroeffentlicht. Der Erste, von dem die Anklagebehoerde hier als den geheimen sprach, ist nicht zusammen getreten, das hat auch das gestrige Dokument bewiesen.

Fr.:Wollen Sie bitte auf Seite 19 der Urkunde schauen und steht da nicht ein Punkt, womit sich diese Sitzung befasst, dass das " Geheim " aufgehoben werden sollte ?

A : Nein, so steht es nicht darin. Es steht darin, ich darf es uebersetzen : der letzte Punkt der Tagesordnung : Folgerungen aus der Aufhebung des Geheimschutzes des Reichsverteidigungsgesetzes und Massnahmen zur Erleichterung des Geschaeftsverkehrs ist durch Schreiben des Reichsverteidigungsausschusses usw. schon am 26. Juni erledigt worden. Die Folgerungen aus der Aufhebung des Gheimschutzes zur Erleichterung des Schriftverkehrs.

Fr.:Sie haben erklaert, dass in der juedischen Frage einige der Mitglieder der Regierung radikaler waren als Sie. Koennen Sie uns sagen, um wen es sich hier handelt ?

A : Zunaechst war allgemein bei Regierungsuebernahme nur die Forderung gestellt, Ausscheiden aus den politischen Stellen und ausscheiden aus gewissen sonstigen fuehrenden Staatsstellen Es kam dann hinzu .....

A : Darnach habe ich Sie ja nicht gefragt.

VORSITZENDER: Das war keine direkte Antwort zur Frage. Die Frage lautete, dass Sie behauptet haetten, dass einige deutsche Regierungsmitglieder radikaler als Sie waren. Und Sie sollen sagen um wem es sich gehandelt hat.

A.: Verzeihung, ich habe die Frage nicht verstanden, um wem, sondern worin. Wenn gefragt wird, um wem, dann betone ich, dass es sich um die Persoenlichkeiten des Minister Goebbels und Himmler in der Hauptsache gehandelt hat.

Fr.: Wuerden Sie auch Ihren Mitangeklagten Streicher einschliessen, als radikaler denn Sie ?

H0306 - 0009

H0306-0010

A.: Ja, aber er war nicht Regierungsmitglied.

Fr: Er war Gauleiter, und zwar in diesem Gebiet, wo wir augenblicklich uns befinden.

A.: Das ist richtig, hatte aber auf Regierungsmassnahmen geringen Einfluss oder gar keinen.

Fr.:Wie steht es mit Heydrich ?

A.: Heydrich war ein Untergebener von Himmler. Wenn ich Himmler sagte, so muss ich Heydrich mit einbeziehen.

Fr.:Also Heydrich gehoert in die Liste der Radikaleren, die ueber Sie stehen. Wie steht es bei Bormann ?

A.: Das Hervortreten Bormann's in radikaler Richtung, habe ich erst in spaeteren Jahren bemerkt. Seine Anfangshaltung kenne ich nicht.

Fr.:Ich will nun mit Ihnen in kurzen Worten das durchsprechen, was nach Ansicht der Anklage oeffentliche Aktionen sind, die Sie in Bezug auf die juedische Frage unternommen haben. Von Anfang an betrieben Sie die Eliminierung der Juden aus dem Wirtschaftsleben Deutschlands, als eine der Phasen des Vierjahresplanes, der unter Ihrer Machtbefugnis stand. Stimmt das ?

A.: Ja, zum Teil stimmt es. Die Eliminierung, soweit es sich vor allem um die groesseren Betriebe handelte, weil dort fortgesetzt dadurch Unruhe bestand, dass darauf hingewiesen wurde, dass auch hier groessere Betriebe und auch Ruestungsbetriebe zum Teil noch unter juedischen Direktoren oder Aktionaeren standen und das gab immer von den unteren Stellen Anlass eine gewisse Beunruhigung fuer den Betrieb.

Fr.:Wollen Sie dem Gericht erklaeren, dass Sie sich nur beschaeftigten mit den groesseren juedischen Unternehmen ? Sie meinen das so ?

A.: Mich stoerten zunaechst die kleinen Laeden und das fuer den Vierjahresplan.

Fr.: Wann fingen die kleinen Laeden an Sie zu stoeren ?

H0306 - 0011

A.: Als der uebersetzende Handel zurueckgeschraubt werden sollte. Der Einzelhandel wurde bestimmt, dass hierzu in erster Linie bei Einstellung von Geschaeften, juedische Geschaefte zu nehmen seien.

Fr.: Wir wollen einmal die oeffentlichen Akten durchsehen, die Sie ausfuehrten in Bezug auf die Judenfrage. Erstens haben Sie die Nuernberger Gesetze verkuendet ?

A.: Als Reichstagspraesident jawohl, habe ich schon betont.

Fr.: Wann war das ?

A.: 1935 glaube ich hier in Nuernberg, im September.

Fr.: Und das war der Anfang der legalen Massnahmen gegen die Juden. Stimmt das ?

A.: Das war eine legale Massnahme.

Fr.: Und das war die erste gesetzliche Massnahme, die ihre Regierung gegen die Juden unternahm ?

A.: Nein, ich glaube die Ausscheidung aus dem Berufsamtentum liegt vorher.

Fr.: Wann war denn das ?

A. : Ich will mich auf das Datum nicht festlegen. Aber das glaube ich, war bereits im Jahre 1933.

Fr.: Am 1. Dezember 1936 liessen Sie ein Gesetz herauskommen, wonach die Todesstrafe verhaengt wurde, fuer deutsche Personen, die ihr Eigentum in das Ausland schafften oder in das Ausland liessen ?

A.: Das ist richtig.

Fr.: Mit anderen Worten, dass dieses Eigentum vom Staat beschlagnahmt werden sollte, und dass das Volksgericht den Strafvollzug vornehmen sollte.

A.: Das ist richtig, die Divisenschutzverordnung, das heisst, wenn ohne Erlaubnis der Regierung.

Fr.: Und dann Ihr dritter oeffentlicher Akt war am 22. April 1939, als Sie die Strafen bekanntgaben, fuer die Verschleierung eines juedischen Unternehmens im Reich.

A.: Jawohl.

Fr.: Und dann am 28. Juli 1939 haben Sie Herrmann Goering gewisse Weisungen herausgegeben, wie weit die Gerichte diese Sacheen behandeln koennten, und zwar durch ein Gesetz. Stimmt das ?

A.: Ich bitte mir das Gesetz vorzulegen. Ich habe es nicht im Kopfe.

Fr.: Ich werde nicht die Zeit nehmen es zu verlesen. Leugnen Sie, dass Sie Reichsgesetzblatt Gesetz 1939 auf Seite 137o mit Bezug auf die Rechtsbefugnisse des Gerichts, Strafen unter dieses Gesetz zu bestimmen, veroeffentlichten ? Koennen Sie sich das erinnern ?

A.: Ich kann mich nicht an das Gesetz erinnern. Wenn es im Reichsgesetzblatt steht und meinen Namen traegt, ist es selbstverstaendlich. Ich weiss nur nicht den Inhalt jetzt.

Fr.: Am 26. April 1938 unterm Vierjahresplan haben Sie eine Weisung herausgegeben, dass das juedische Besitztum registriert werden muesste und es stand darin, dass alle Juden in Deutschland und im Ausland ihr Eigentum registrieren muessten ? Stimmt das ?

A.: Ich nehme es an. Ich habe es nicht in Erinnerung, und wenn der Erlass meine Unterschrift traegt, so kann kein Zweifel darueber bestehen.

Fr.: Am 26. April 1938 erliessen Sie einen Erlass unter dem Vierjahresplan, stimmt das, dass alle Verkauefe von juedischen Unternehmen muessten erst von der Regierung genehmigt werden.

A.: Daran erinnere ich mich.

Fr.: Und dann am 12. November 1938 ein neuer Erlass auch unter dem Vierjahresplan, wonach eine Geldbusse von 1 Milliarde Mark ueber alle Juden verhaengt wurde.

A.: Das habe ich bereits ausgefuehrt, dass ich diese saemtlichen damaligen Gesetze unterzeichnet habe und dafuer die Verantwortung trage.

H0306 – 0012

Fr.: Ich frage Sie, ob Sie dieses besondere Gesetz unterschrieben haben. Ich will darueber noch einige Fragen stellen.

A.: Jawohl.

Fr.: Und dann am 12. November 1938 unterschrieben Sie einen anderen Erlass unter dem Vierjahresplan, dass alle Schaeden, die von den Krawallen im Jahre 1938 den Juden zugefuehrt wurden, sofortt durch die Juden selbst repariert werden muessten auf eigene Kosten und dass ihre Versicherung vom Staat beschlagnahmt sei. Stimmt das ?

Haben Sie das unterschrieben ?

A.: Ein aehnliches Gesetz habe ich unterschrieben, ob es genau so die Zusammenhaenge wiedergibt, wie Sie es soeben ausdrueckten, weiss ich nicht.

Fr.: Aber im grossen und ganzen war es das, was der Inhalt dieses Gesetzes war ?

A.: Ja.

Fr.: Und am 12. November 1938 haben Sie nicht persoenlich einen Erlass unterschrieben, auch unter dem Vierjahresplan, dass Juden keine Detailgeschaefte haben duerfen oder als Leiter taetig sein koennten oder ihre Gueter oder Dienste zum Verkauf anbieten duerften oder dass sie unternehmen fuehren koennen. Erinnern Sie sich das alles ?

A.: Ja, das waren alles Teile und Erlasse zum Ausscheiden des Judentums aus dem Wirtschaftsleben.

H0306 - 0013

F: Und am 21. Februar 1939 haben S ie da einen Erlass unterschrieben, dass die Juden alle ihre Wertsachen und Juwelen abgeben mussten und zwar innerhalb 2 Wochen?

A: Ich erinnere mich nicht, aber es wird zweifelsohne stimmen.

F: Ich verweise auf das Reichsgesetzblatt vom 1939 Seite 282. Sie koennen sich nicht mehr daran erinnern?

A: Ich habe das Reichsgesetzblatt nicht vor mir, aber, wenn im Reichsgesetzblatt ein Erlass gegeben würde, dann habe ich dieses Gesetz unterschrieben und erlassen.

F: Haben Sie nicht ebenfalls am 3. Maerz 1939 einen Erlass unterzeichnet, mit Bezug auf die Zeitspanne, innerhalb deren Juwelen durch Juden abgegeben werden mussten. Ich verweise auf das Reichsgesetzblatt, Band 1, 1939, Seite 387?

A: Ich nehme an, dass es der Ausfuehrungserlass zu dem eben vorher erwaehnten Ablieferungserlass ist. Ein Gesetz erfordert ja manchmal die Ausfuehrungsbestimmungen und Ausfuehrungserlasse im Gefolge des Gesetzes. Zusammen gesehen ist das eine einzige Massnahme,

F: Haben Sie nicht auch persoenlich einen Erlass unterzeichnet, innerhalb des Vierjahres-Planes am 17. September 1940, wonach das juedische Eigentum in Polen beschlagnahmt werden muesse?

A: Jawohl, das habe ich neulich schon ausgefuehrt und zwar in dem Teil Polens, ich darf darauf hinweisen, die als alte deutsche Provinzen wieder eingedeutscht werden sollten.

F: Haben Sie nicht ebenfalls am 3o. November 1940 persoenlich einen Erlass unterschrieben, wonach die Juden keine Entschaedigung erhalten sollten, fuer Schaeden, die durch Feindeinwirkung entstanden waren oder durch die deutschen Truppen, und haben Sie da nicht als Praesident, des Reichsverteidigungskommissars unterzeichnet.

H0306 - 0014

Ich verweise auf das Reichsgesetzblatt Band 1, 1940, Seite 1547?

A: Wenn Sie das dortstehen haben, dass ist das richtig.

F: Sie koennen sich nicht daran erinnern?

A: Nicht an alle einzelnen Gesetze und Erlasse, das ist unmoeglich.

F: Dann waren Sie es, der am 31. Juli 1941 einen Erlass unterzeichnete, woraufhin Himmler ersucht wurde und die SS, der Chef des Sicherheitsdienstes und der SS-Gruppenfuehrer, dass sie die Plaene fuer die vollkommene Loesung der Judenfrage ausarbeiten sollten?

A: Nein, so ist das nicht richtig, diesen Erlass kenne ich genau.

F: Ich werde Ihnen Dokument Nr. 710,US-Exhibit 509 unterbreiten lassen.

(Dem Zeugen wird das Dokument vorgelegt).

VORSITZENDER: Das ist Nr. 710 PS?

F: Nun, dieses Dokument traegt Ihre Unterschrift, ist das richtig?

A: Das ist richtig.

F: Und es ist gerichtet an den Chef der Sicherheitspolizei, und des Sicherheitsdienstes, und SS-Gruppenfuehrer Heydrich?

A: Das ist richtig.

F: Ich weiss nicht, ob das Ganze in dem Gerichtsprotokoll gelesen worden ist. Aber ich denke, das sollte geschehen, sodass wir bei der Uebersetzung keine Schwierigkeiten haben, korregieren Sie dies bitte.

A: Darin ist ein Fehler, das heisst: In Ergaenzung, nicht, die Vollendung, der Ihnen uebertragenen Aufgabe.

H0306 – 0015

H0306-0016

F: Schoen, ich nehme das an. Die Frage befasste sich mit der Beschleunigung der Emigration, der Evakuierung eine Loesung des juedischen Problems so schnell wie moeglich.

"Aus diesem Grunde beauftrage ich Sie, dass Sie alle notwendigen Vorbereitungen treffen, mit Bezug auf die Organisierung und Finanzierung zur Herbeifuehrung der endgueltigen Loesung der juedischen Frage in dem deutschen Einflussgebiet in Europa."

A: Ich finde das in keiner Weise korrekt.

F: Geben Sie bitte Ihre Uebersetzung.

A: Darf ich es genau vorlesen, wie es hier steht?

"In Ergaenzung der Ihnen bereits mit Erlass vom 24. Januar 1939, " (also vor Kriegsbeginn,)"uebertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhaeltnissen entsprechenden moeglichst guenstigsten Loesung zuzufuehren, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen, und jetzt kommt das entscheidende Wort, das falsch uebersetzt wurde, es heisst hier naemlich: "fuer eine Gesamtloesung " und nicht

"fuer eine Endloesung",

das ist eine Gesamtloesung zu der Frage im deutschen Einflussgebiet in Europa. Sofern hier die Zustaendigkeiten aller Zentralinstanzen beruehrt werden, sind diese zu beteiligen. Ich beauftrage Sie weiter, sachlichen und materiellen Vorausnahmen zur Durchfuehrung der angestrebten Endloesung der Judenfrage vorzulegen. In Ergaenzung des Ihnen mit Erlass vom 24. Januar 1939, "(das heisst also, zu einem Zeitpunkt, wo keinerlei Krieg begonnen hatte oder in Aussicht stand) -

F: Machen Sie jetzt eine Erklaerung oder zitieren Sie hier aus dem Briefe?

A: Ich habe jetzt eine Erklaerung zum Zitat dieses Briefes geben wollen und besonders auf dieses Datum hingewiesen.

F: Ich wollte nicht, dass das immer noch ein Teil Ihres Briefes ist. Das Letzte, was in dem Brief steht, ist:

" Ich beauftrage Sie weiterhin, mir in Kuerze einen allgemeinen Plan, betreffend die organisatorischen, sachlichen und materiellen Massnahmen, zur Durchfuehrung der gewuenschten Loesung der Judenfrage zu uebersenden. "

Das ist Ihr Auftrag an Heydrich und Himmler?

A: An Heydrich und die uebrigen daran beteiligten zentralen Instanzen. Es ergibt sich das aus dem ersten Teil des Briefes, der Schlussatz.

F: Das heisst, wir wollen uns da ganz einig darueber sein. Der Brief ging an den Chef der Sicherheitspolizei und Chef des Sicherheitsdienstes und SS-Gruppenfuehrer Heydrich. Stimmt das bisher?

A: Das ist richtig, und dazu muss ich aber nun die Erklaerung abgeben -----

F: Weiterhin - - Bitte schoen ?

A: Die Erklaerung abgebe, dass ich deshalb den Brief an ihn gerichtet habe, weil Heydrich mit Erlass vom 24. Januar 1939, bezw. Himmler, die Aufgabe der Judenauswanderung uebertragen war, infolgedessen war dies die Zentralstelle und ich musste mich fuer die ganzen materiellen und wirtschaftlich sich daraus ergebenden Dinge an die Stelle wenden, welche den Zentralauftrag hatte.

F: Und Sie haben alle anderen Zentralstellen beauftragt, mit der Sicherheitspolizei und SS, in der Endloesung der Judenfrage zusammenzuarbeiten ?

A: Hier kommt nichts von der SS vor, nur von der Sicherheitspo,izei, einer staatlichen Stelle. Dass Heydrich SS-Gruppenfuehrer ist, hat damit ja direkt nichts zu tun, denn es wendet sich an den Chef der Sicherheitspolizei und erwaehnt seinen Rang, SS-Gruppenfuehrer Heydrich.

H0306 – 0017

H0306-0018

F: Und, dass es seinen Rang in der SS erwaehnt, hat mit dem Fall nichts zu tun, das war ueberfluessig ?

A: Da muss ich doch erklaeren, wenn ich an den Oberbefehlshaber des Heeres schreibe, dann schreibe ich: " An den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst oder Feldmarschall Brauchitsch " zum Beispiel, und wenn ich an den Chef der Sicherheitspolizei schreibe, dann muss ich das an den Chef der Sicherheitspolizei, SS*Gruppenfuehrer Heydrich, das war ja sein Titel, richten, das hat aber mit seiner Verwendung der SS nichts zu tun.

F: Und nun, zur Zeit, da Sie diesen Befehl erliessen, hatten Sie komplette Berichte in der Hand ueber die Krawalle von 1938 und Heydrichs Teilnahme daran ?

A: Ich hatte keine Kenntnis der Teilnahme von Heydrich an diesen Krawallen, nicht zu diesem Zeitpunkt, sondern nur den Bericht Heydrichs ueber die Krawalle, der ich angefordert hatte.

F: Na schoen, jetzt zeigen wir Ihnen Dokument Nr. 3058 PS, US-Beweisstueck-Nr. 508, als Beweismittel schon vorgelegt.

(Dem Zeugen wird das Dokument uebergeben.)

F: Dies ist Heydrichs Bericht, den Sie, wie Sie sagen, in der Hand hatten und zwar vom 11. November 1938. Stimmt das ?

A: Das ist richtig.

F: Darin wird Ihnen berichtet, wie juedische Geschaefte geplundert worden waren, die Verhaftung von 174 Personen wegen Plunderung, die Zerstoerung von 815 Laeden, 171 in Brand gesteckte und zerstoerte Wohnungen und, dass dies nur ein Teil des aktuellen Schadens darstellte; 191 in Brand gesteckt und weiter 76 vollkommen zertrummert, ausserdem 11 Gemeindehaeuser, Friedhofkapellen usw. in Brand gesteckt und 3 weitere vollkommen zerschmettert, 20.000 Juden verhaftet, darunter auch 7 Arier und 3 Auslaender. Die Letzteren wurde zu ihrer eigenen Sicherheit festgenommen. 26 Todesfaelle wurden gemeldet und auch 36 Schwerverletzte. Unter den Toten und Verletz-

H0306-0019

ten befanden sich Juden, ein Jude wurde noch vermisst. Unter den getoteten Juden war ein polnischer Buerger und unter den Verletzten zwei polnische Buerger. "

Diesen Bericht bekamen Sie ungefaehr am 11. November 1938.

Ist das richtig?

A: Das ist richtig. Das ist gerade der Bericht, von dem ich gesprochen habe und den ich angefordert habe von der Polizei, weil ich wissen wollte, was bis dahin nun geschehen war.

F: Richtig. Und oben wurde darueber geschrieben, dass der Generalfeldmarschall informiert worden sei und keine Schritte zu unternehmen seien ?

A: Das ist so nicht richtig,. Hier steht:

" Generalfeldmarschall hat Kenntnis genommen. Es ist nichts zu veranlassen von einer anderen Stelle, weil ich selbst ja die Veranlassung vorgenommen habe.

F: Sie wissen doch genau, dass es nicht wahr ist, dass diese Schritte unternommen wurden bei irgend einem anderen Amt.

Sie sagen, keine Schritte sollten unternommen werden von irgend jemand anders.

Sagen Sie jetzt dem Gericht die Wahrheit?

A: Dieses ist ein Vermerk von meiner Dienststelle oder Adjutantur, dass von dieser Seite nichts unternommen wird, weil ich betont habe; " Die Sache kommt von selbst in die Hand. " Ich bin naemlich mit diesem Bericht zum Fuehrer gegangen.

F: Schoen, haben Sie einen Bericht erhalten und zwar von dem Chef, dem obersten Parteirichter der Nazipartei, unter dem Datum " Muenchen, 13. Februar 1939 " und zwar, wie die Partei in diesen Fragen vorgegangen ist ?

A: Das ist richtig, sehr viel spaeter habe ich diesen Berich bekommen.

H0306 - 0020

F: Und damals --

Ich ziehe die Frage zurueck.

Sie bestaetigen den Empfang dieses Briefes. Ist das richtig?

" Lieber Parteigenosse Popp "

Und das Einzige, was unternommen wurde nach den Krawallen waren Massnahmen, die das Parteigericht unternahm. Ist das richtig ?

A: Nicht vollstaendig, einige wurden auch vor das Gericht gestellt das steht auch in dem Bericht.

F: Jetzt lasse ich Ihnen den Bericht zeigen, Dokument 3063 PS, noch nicht als Beweismittel unterbreitet, soweit ich weiss, 3063 PS. Das Dokument ist anscheinend nicht in den Saal gebracht worden.

A: Ich weiss es ziemlich genau.

F: Das habe ich mir gedacht.

A: Nein, weil es mir hier vorgelegt worden ist.

F: Ja richtig, es ist Ihnen ja nicht geheim gehalten worden.

" 1) Das Parteigericht meldete, dass alle Parteifuehrer wohl wuessten, und zwar auf Grund persoenlicher Instruktionen der Parteipropagandaleitung, dass die Partei nach aussen hin nicht als der Urheber dieser Krawalle erscheinen sollte.

In Wirklichkeit sollte sie aber diese Krawalle organisieren und durchfuehren. Hat das Parteigericht das gemeldet ?

A: Das Parteigericht hat als sein Untersuchungsergebnis festgestellt, dass die Propagandaleitung Dr. Goebbels diese Anweisung gegeben hat. Ich darf fragen, es handelt sich doch, glaube ich, um einen Bericht aus den Maerztagen des Jahres 1939 oder April.

H0306 - 0021

F: 13. Februar 1939?

A: Jawohl, das ist richtig, also das Untersuchungsergebnis nach diesem Ereignis.

F: Richtig.

Und nun, als Folge dieser Krawalle, hat das Parteigericht nicht ebenfalls das Folgende an Sie berichtet:

"Das Oberste Parteigericht hat sich die Untersuchung dieser Morde vorbehalten, wie auch der schweren Misshandlungen und sonstigen Verbrechen, und dass der Fuehrer darum ersucht wird, das Vorgehen gegen irgend jemand, die das Parteigericht nicht wegen Exzessen fuer schuld befindet, fallen zu lassen?

A: Das ist richtig.

F: Und das Parteigericht bestand aus Gauleitern und Gruppenfuehrern der Partei?

A: Das Parteigericht wechselte ja. Ich kann in diesem Augenblick nicht sagen, ohne das Dokument zu besitzen, wer das Parteigericht in diesem Falle war. Ich sehe soeben, dass ich es bekomme.

F: Ich verweise Sie auf Seite 4 und unten auf der Seite, wo in dem Bericht steht:

"Gauleiter und Gruppenfuehrer und verschiedenen Einheiten sassen als Geschworene bei den Verhandlungen."

A: Jawohl, es ist selbstverstaendlich, dass die Geschworenen des Parteigerichtes immer aus diesen Kategorien, je nach Wichtigkeit genommen wurden, Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, ich wusste nicht welche Namen hier beteiligt waren.

F: Ja, und nun, das Parteigericht fand, dass 5 Personen sich etwas haetten zu Schulden kommen lassen, stimmt das?

1) Ein Rassenvergehen eines Parteimitgliedes, das daraufhin hinausgeworfen wurde, stimmt das ?

A: Und dem Strafgericht ueberstellt wurde, im letzten Absatz.

F: Richtig. Dann ein Pg. Nr. 2, war der Rassenschande verdaechtig und wurde aus der Partei ausgestossen

A: Wegen versaechtigter Rassenschande und Diebstahl ausgeschlossen und dem staatlichen Gericht ueberstellt.

H0306-0022

F: Richtig. Nr. 2, Gustav - -

A: Sie sind bei Nr. 3, ja?

F: Nr. 2, Gustav, wurde aus der Partei ausgestossen und aus der SA, wegen Diebstahl. Ist das richtig? Nr. 2 Gustav, der erste Mann, dessen Name erwaehnt ist.

A: Gustav ist der Vorname, Gerstner. Jawohl, wegen Diebstahl, ebenfalls wegen Verdacht der Rassenschande dem staatlichen Gericht ueberstellt.

F: Nr. 3 beschaeftigte sich mit 2 Ausstossungen von Pg. wegen moralischer Verbrechen gegen eine Juedin diese befindet sich nicht in Schutzhaft. Ist das richtig?

A: Aus der nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen und in Schutzhaft gegeben. Diese sind ebenfalls dem Gericht ueberstellt worden, das weiss ich genau.

F: Und jetzt kommen wir zum vierten und fuenften Fall. Der erste davon wurde als Pg. und SA -Mann verwarnt und zu 3 Jahren Ehrverlust verurteilt wegen eines Disziplinarverstosses. Er hat ein juedisches Ehepaar Selig gegen den Befehl umgebracht. Stimmt das?

A: Das ist richtig.

MR. JUSTICE JACKSON:

F: Und der letzte Fall, eine Verwarnung und ein Urteil, drei Jahre Verlust des Ehrenbuergerrechtes wegen der Erschiessung von einem 16 jaehrigen Juden, obwohl er Befehl hatte, es nicht zu tun, obwohl der Krawall vorbei war. Ist das richtig?

A: Das ist richtig.

F: Jetzt kommen wir zu dem Fall von der Ermordung von Juden, worin die Untersuchungen fallen gelassen wurden, oder ganz geringe Strafen verhaengt wurden. Ich will diese Liste im einzelnen nicht durchbesprechen. Es stimmt doch aber, dass nur milde Strafen fuer die Ermordung von Juden verhaengt wurden, und zwar durch das Oberste Parteigericht. Ist das richtig?

A: Das ist richtig.

F: Jetzt bitte ich Sie, auf Seite 9 zu sehen.

H0306 - 0023

A: Einen Augenblick, bitte.

F: Ich verweise Sie auf den folgenden Text mit Bezug auf Fall 3 bis 16.

A: Welche Seite?

F: Seite 9:

"Das Oberste Parteigericht ersucht den Richter, die Verfahren in den Staatsgerichten zu unterdruecken."

A: Niederzuschlagen, das ist nicht unterdruecken. Es kann ein Strafverfahren niedergeschlagen werden, das ist in Deutschland etwas anderes, wie unterdruecken.

F: Sie koennen uns dann sagen, wie Sie sich dann ausdruecken wollen, bitte. Was heisst die Niederschlagung eines Verfahrens. Bedeutet das, dass damit Schluss gemacht wird?

A: Das bedeutet es, aber Niederschlagen eines Verfahrens kann nur angeordnet werden von einer Stelle, die dazu berechtigt ist, also der Fuehrer kann Verfahren auf dem Amnestiewege jederzeit niederschlagen, Das Kabinett konnte jederzeit einen Beschluss fassen, ein Verfahren niederzuschlgen. Unterdrueckung eines Verfahrens waere eine illegale Handlung. Niederschlagen ist ein juristischer Fachausdruck in Deutschland fuer Aussetzen.

F: Und eine weitere Frage. Es ist Ihnen auch gemeldet worden in dem gleichen Bericht, ich verweise auf Seite 11: "Die Oeffentlichkeit bis zum letzten Mann weiss, dass politische Unternehmen, wie das vom 9. November organisiert und dirigiert wurden von der Partei, ob das zugegeben wird, oder nicht."

Wenn alle Synagogen in einer Nacht niederbrennen, dann muss das in irgend einer Weise organisiert gewesen sein und kann nur durch die Partei organisiert gewesen sein, das hat jedenfalls in dem Bericht des Obersten Parteigerichtes gestanden. Ist das richtig?

A: Ich habe es noch nicht gefunden, die Seiten stimmen mit meinen nicht ueberein.

F: Na, dann wollen wir jetzt mal suchen, damit wir uns darueber ganz einig gehen, ich glaube auf der Seite 11, es faengt vielleicht

H0306 - 0024

unten auf der Seite 10 an.

A: Ja, ich habe es jetzt gefunden.

F: Habe ich eine einigermassen richtige Uebersetzung desselben wiedergegeben?

A: Das ist richtig.

VORSITZENDER: Bevor wir die Pause eintreten lassen, werden Sie diese Dokumente als Beweismittel unterbreiten, die Sie dem Zeugen vorlegen, die noch nicht Beweismittel sind?

MR. JUSTICE JACKSON: Ja, dies soll geschehen, ich werde das besorgn.

DER PRAESIDENT: Ich glaube 3575-PS ist schon gestern unterbreitet worden, aber nicht genau als Beweismittel, und 3063-PS heute, und noch ein weiteres Dokument, dessen Nummer ich nicht habe.

MR. JUSTICE JACKSON: Ich danke Ihnen, dass Sie mich darauf aufmerksam gemacht haben.

(Pause von 11.35 bis 11.45 Uhr).

DR. HORN: (Verteidiger des Angeklagten von Ribbentrop): Herr Praesident, ich bitte das HohoGericht, zu gestatten, dass der Angeklagte von Ribbentrop morgen der Sitzung fernbleiben darf, da ich h mit ihm noch grundlegende Fragen zur Vorbereitung seinen Gegenbeweisangebotes zu regeln habe und uns bisher, trotz --

VORSITZENDER: Einen Augenblick, die Dolmetscherin sagte, sie koennte Sie nicht hoeren, Wollen Sie bitte wiederholen.

DR. HOERN: Herr Praesident, ich bitte das HohoGericht, zu gestatten, dass der Angeklagte von Ribbentrop morgen der Sitzung fernbleiben darf, um mit mir noch grundlegende Fragen zu seiner Gegenbeweisfuehrung zu besprechen. Es war mir in Anbetracht der verspateten Uebernahme der Verteidigung infolge einiger technischen Schwierigkeiten noch nicht moeglich, diese Fragen bisher so entscheidend mit ihm zu klaeren, dass ich bis Ende der Woche mein Gegenbeweisangebot vorbringen kann, Ich bitte, aus diesen Gruenden, meinem Antrag stattzugeben.

VORSITZENDER: Dr. Horn, so wie ich Sie verstehe, wuenschen Sie, dass der Angeklagte Ribbentrop morgen vormittag von der Sitzung

H0306 - 0025

fernbleiben soll, sodass Sie mit ihm beraten koennen, in Bezug auf sein Gegenbeweisangebot. Stimmt das?

DR. HORN: Jawohl, Herr Praesident.

VORSITZENDER: Das Gericht hat dagegen nichts einzuwenden, vorausgesetzt, dass Sie mit einem anderen Verteidiger arrangieren, dass dieser die Interessen Ribbentrop's vertritt, waehrend er sich nicht hier befindet, vorausgesetzt, dass eine diesbezuegliche Frage aufkommt. Das Gericht wuenscht nicht, dass Sie spaeter kommen ud sagen, dass Sie und der Angeklagte Ribbentrop nicht anwesend waren und dass aus diesem Grunde dies oder jenes Ihren Einwand erregt, ueber etwas, was waehrend Ihrer Abwesenheit gesprochen wurde.

DR. HORN: Sie koennen sicher sein, dass wir uns auf diesen Einwand nicht berufen werden und dass ich einen Kollegen bitten werde, meine Vertretung wahrzunehmen.

VORSITZENDER: Gut.

DR. HORN: Ich danke Ihnen, Herr Praesident.

VORSITZENDER: Herr Dr. Horn, das Gericht hat keinen Einwand, dass Sie derartig vorgehen, Sie muessen aber wissen, dass das Gericht nicht aufgehalten werden kann wegen irgend einer Verzoegerung, die in Zukunft aufkommen koennte, weil Sie dann nicht verhandlungsbereit sein koennten.

DR. HORN: Mein Antrag ist ja gerade, Verzoegerungen zu vermeiden, die in der Person meines Mandanten oder seiner Sache entstehen koennte

VORSITZENDER: Das verstehe ich, ich wollte nur dadurch, dass ich Ihnen diese Erlaubnis gebe, und dieser Wunsch ist ganz angebracht, will das Gericht damit sagen, dass keine weiteren Verzoegerungen in Zukunft gestattet werden wuerde. Der Prozess muss fortgehen.

DR. HORN: Ja, Herr Praesident, danke.

MR. JUSTICE JACKSON:

F: Nun, der Voelkische Beobachter vom 12. Maerz 1933 zitiert eine Ihrer Rede, die Sie in Essen gehalten haben, und zwar am 11. Maerz 33, einschliesslich der folgenden Worte - und ich will Ihr Gedaechtnis auffrischen, indem ich Sie darauf hinweise - ;

H0306 - 0026

" Ich hoere, dass ich die Polizei anwenden muss. Selbstverstaendlich werde ich die Polizei verwenden und ruecksichtslos, falls das deutsche Volk verletzt wird. Ich weigere mich aber, die Gedanken anzunehmen, dass die Polizei eine Schutztruppe ist fuer juedische Laeden. Nein, die Polizei schuetzt jeden, der legal nach Deutschland kommt, aber sie ist nicht dazu da, um juedische Wucherer zu schuetzen!" Haben Sie das gesagt?

A: Wann soll das gewesen sein?

F: Haben Sie das gesagt am 11. Maerz 1933 in einer Essener Rede, dies oder etwas in dem gleichen Sinn?

A: Das ist richtig, aber in einem anderen Zusammenhang. Bevor ich darauf eingehe, darf ich fragen, Sie sind mit dem Dokument hier fertig, in dem Buch, das mir vorhin vorgelegt wurde, weil ich dafuer keine Erklaerung abgegeben habe. Ich werde meinen Verteidiger bitten, mich zu diesem Dokument spaeter zu befragen.

F: Das ist richtig. Nach den Krawallen vom 9. und 10. November, haben Sie ausgesagt, dass Sie eine Versammlung hatten am 12. Nov. und den Befehl erteilt, dass alle einschlaegigen Fuehrer anwesend sein muessten, und dass der Fuehrer auch Goebbels dort haben wollte?

A: Ja, die einschlaegigen Fuehrer der Wirtschafts-Ressorts.

F: Koennten Sie uns sagen, wer damals da war ausser Ihnen und Goebbels?

A: Es waren da, so viel ich mich erinnern kann, zur Berichterstattung: Der Chef der Geheimen Staatspolizei ueber die Vorgaenge, dann der Wirtschaftsminister, der Innenminister ...

F: Wollen Sie bitte die Leute namentlich angeben, damit wir genau wissen, um wen es sich jedesmal handelte.

A: Ich kann sie nur aus der Erinnerung anfuehren, so weit ich das Protokoll kenne. Also, es waren da zur Berichterstattung der Vorgaenge der Fuehrer der Geheimen Staatspolizei in Berlin, Heydrich, es war da, so weit ich mich erinnere, der Innenminister Dr. Frick, Dr. Goebbels haben Sie schon erwaehnt; es war da der damalige Wirtschaftsminister Funk, der Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk, von

H0306 - 0027

der Ostmark Fischboeck. Das sind die Namen, an die ich mich im Augenblick erinnern kann, es ist moeglich, dass noch einige mehr da gewesen sind.

F: Und zeitweise war auch der Vertreter der Versicherungsgesellschaften, Hilgard, anwesend, Ist das richtig?

A: Er war gerufen, wartete und wurde zu den speziellen Fragen gehoert.

F: Sie haben nun das Protokoll dieser Sitzung schon gesehen USA-Exhibit 261, Dokument 1816-PS. Sie haben es bei Ihrer Befragung gesehen?

A: Jawohl.

F: Ich lasse es Ihnen noch einmal zeigen, damit wir auch in dieser Frage absolut einig gehen, insbesondere wegen der Uebersetzung Sie haben die Sitzung eroeffnet?

A: Ja.

H0306 - 0028

F. Mit folgender Erklaerung: Ich lese es vor: "Meine Herren" -ich glaube, es handelt sich um die Sitzung vom 12. November 1938 im Buero des Reichsluftfahrtministers. Stimmt das?

A. Jawohl.

F. Sie sprachen als erster: "Meine Herren, die heutige Sitzung ist von entscheidender Bedeutung. Ich habe einen Brief bekommen, den mir der Stabsleiter des Stellvertreters des Fuehrers, Bormann, im Auftrag des Fuehrers geschrieben hat, wonach die Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefasst werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist." Stimmt das?

A. Jawohl. Das ist richtig.

F. Weiter unten finde ich das folgende:
"Meine Herren, ich habe von diesen Demonstrationen genug. Sie schaden den Juden nicht, sondern schliesslich mir, der ich die Wirtschaft als letzte Instanz zusammenzufassen habe. Wenn heute ein juedisches Geschaeft zertruemmert wird, wenn Waren auf die Strasse geschmissen werden, dann ersetzt die Versicherung den Juden den Schaden; - er hat ihn ja gar nicht, - und zweitens sind Konsumgueter, Volksgueter, zerstoert worden. Wenn in Zukunft schon Demonstrationen, die unter Umstaenden notwendig sein moegen, stattfinden, dann bitte ich nun endgueltig, sie so zu lenken, dass man sich nicht in das eigene Fleis schneidet." Ist das richtig?

A. Jawohl.

F. Wir uebergehen zwei bis drei Paragraphen...

A. Es ist aber der Nachsatz weggelassen worden.

F. Schoen, Sie koennen ihn ergaenzen, wenn Sie wollen.

A. "....dann bitte ich nun endgueltig, sie so zu lenken, dass man sich nicht ins eigene Fleisch schneidet; denn es ist irrsinnig, ein juedisches Warenhaus auszuraeumen, und dann traegt eine deutsche Versicherungsgesellschaft den Schaden, und die Waren, die ich dringend brauche - ganze Abteilungen Kleider und was weiss ich alles- werden verbrannt und fehlen mir hinten und vorn. Da kann ich gleich die Rohstoffe anzuenden, wenn sie hereinkommen."

H0306 - 0029

F. Das ist richtig. Sie koennen irgend einen Teil lesen, den Sie vorzulesen wuenschen in Ergaenzung dessen, was ich gelesen habe. "Nun habe ich keine Lust, die deutschen Versicherungsgesellschaften den Schaden tragen zu lassen. Ich werde deshalb auf Grund meiner Vollmacht eine Anordnung erlassen und bitte da natuerlich um die Mitarbeit der zustaendigen Ministerien, damit das in das richtige Lot kommt und die Versicherungsgesellschaften den Schaden nicht zu tragen haben. Es taucht aber sofort ein zweites Moment auf: diese Versicherungsgesellschaften koennen im Ausland rueckversichert sein. Falls eine solche Rueckversicherung hier in Frage kommt, moechte ich wieder nicht darauf verzichten, weil sie Devisen bringt. Das muss also untersucht werden. Aus diesem Grunde habe ich auch Herrn Hilgard von den Versicherungen hierher bestellt, der uns am besten darueber Auskunft geben kann, wieweit die Versicherungsgesellschaften durch Rueckversicherungen gegen solche Schaeden gedeckt sind. Denn darauf moechte ich auf keinen Fall verzichten." - Stimmt das?

A: Absolut richtig.

F: "Darueber moechte ich keinen Zweifel lassen, meine Herren: die heutige Sitzung ist nicht dazu da, sich erneut darueber zu unterhalten, was getan werden sollte, sondern es fallen jetzt Entscheidungen und ich bitte die Ressorts instaendig, nun aber Schlag auf Schlag die notwendigen Massnahmen zur Arisierung der Wirtschaft zu treffen und mir vorzulegen, soweit das notwendig ist."

Ich uebergehe dann einen Teil, vorausgesetzt, dass Sie nicht etwas einfuegen wollen. Wir kommen dann zu folgendem:

"Der Treuhaender des Staates schaetzt das Geschaeft ab und bestimmt, welchen Betrag der Jude bekommt. Dieser Betrag ist selbstverstaendlich an sich schon moeglichst niedrig zu halten. Das Geschaeft wird dann von der Treuhand in arischen Besitz ueberfuehrt, und hierbei ist der Aufschlag zu erzielen, das heisst das Geschaeft ist entsprechend seinem normalen tatsaechlichen Verkehrswert und Bilanzwert an den Mann zu bringen.

Hier setzen Schwierigkeiten ein. Es ist menschlich verstaendlich,

H0306 - 0030

dass in starkem Masse versucht wird, in diese Geschaefte Parteigenossen hineinzubringen und ihnen so gewisse Entschaedigungen zu geben. Ich habe da entsetzliche Dinge in der Vergangenheit gesehen; Dass sich kleine Chauffeure von Gauleitern derart bereichert haben, dass sie auf diese Weise schliesslich eine halbe Million Vermoegen an sich gebracht haben. Die Herren wissen Bescheid? Das stimmt doch?"

(Zustimmung.)

A. Jawohl, das habe ich gesagt.

F. Wollen Sie etwas weiter lesen im Zusammenhang damit?

A. Vielleicht nur den naechsten Satz:

"Das sind natuerlich Dinge, die unmoeglich sind. Ich werde nicht davor zurueckscheuen, wo unsauber verfahren wird, ruecksichtslos einzugreifen. Sollte es sich um eine prominente Person handeln, die das Delikt ermoeglicht, so werde ich binnen zwei Stunden beim Fuehrer sein und diese Schweinerei ganz nuechtern vortragen."

F. Das heisst, falls jemand versucht zu profitieren, und zwar von juedischem Besitz -- ist es das was Sie meinen?

A. Bei der Arisierung.

F. Ich zitiere noch einen anderen Teil.

"Mit anderen Worten, ein gewoehnlicher Geschäftsabschluss soll gemacht werden. Der eine verkauft sein Geschaft und der andere will es kaufen. Sind nun unter den Bewerbern Parteigenossen, so sind sie, wenn sie dieselben Bedingungen erfuellen, vorzuziehen, und zwar selbstverstaendlich in erster Linie der Geschaedigte, vorausgesetzt, dass er dieselbe Qualifikation aufweist. Zuerst wird jener kommen, der den groessten Schaden erlitten hat und dann jemand auf Grund seiner Parteimitgliedschaft."

Ich lasse eine oder zwei Zeilen aus.

"Dieses Parteimitglied muss Gelegenheit haben, das Geschaeft so billig wie moeglich kaufen zu koennen. In einem solchen Fall wird der Staat nicht den vollen Preis bekommen, sondern nur den Teil,den der Jude bekommen hat." Stimmt das?

A. Einen Augenblick, bitte. Ich glaube, Sie haben etwas ueber-

H0306 - 0031

sprungen.

F. Ja, es stimmt. Sie koennen ruhig eine Einfuegung machen, wenn Sie wuenschen.

A. Ich moechte es nur kurz sagen, damit es nicht zu lange dauert. Ich habe gesagt, was auch Sie bereits erwaehnt haben, dass bei gleicher Eignung fuer das Geschaeft der Parteigenosse vorzuziehen ist, und zwar in erster Linie derjenige, der frueher dadurch geschaedigt wurde, dass ihm seine Geschaeftskonzession, weil er Parteigenosse war, entzogen worden ist. Und dann folgt der Paragraph, welchen Sie schon gelesen haben und dessen Inhalt stimmte.

F. Dann sprachen Sie ziemlich lang ueber die Art und Weise, wie juedische Geschaefte arisiert werden sollten. Stimmt das?

A. Jawohl.

F. Und dann sprachen Sie ueber die Arisierung juedischer Fabriken'

A. Jawohl.

F. Sie sprachen ueber die kleinen Fabriken zuerst?

A. Jawohl.

F. Haben Sie die Stelle gefunden, wo Sie ueber die Fabriken sprachen?

A. Jawohl, ich habe sie gefunden.

F. Ich zitiere:

"Soweit die kleineren und mittleren Fabriken in Frage kommen, muessen zwei Dinge klargestellt werden: Erstens, welche Fabriken brauche ich ueberhaupt nicht; welche kann man stillegen? Koennten sie nicht zu etwas anderen verwendet werden? Wenn nicht, werden die Fabriken abgerissen werden. Zweitens, wenn eine Fabrik benoetigt wird, wird sie nach den gleichen Richtlinien wie das Geschaeft in arischen Besitz ueberfuehrt." Stimmt das?

A. Jawohl.

F. Wollen Sie zu diesem Thema noch mehr sagen?

A. Nein, das sind ja alles Grundgedanken zu den Gesetzen.

F. Jetzt verweise ich Sie auf den zweiten Paragraphen: "Nun kommen die groesseren Fabriken." Haben Sie das gefunden?

H0306 - 0032

A. Ja.

VORSITZENDER: Einen Augenblick, Herr Jackson, die russische Uebersetzung ist nicht zu hoeren.-- Fahren Sie jetzt fort.

MR. JUSTICE JACKSON:

F. Sie sprachen ueber die grossen Fabriken; sagten Sie nicht das Folgende: "Hier ist die Loesung sehr einfach. Die Fabrik kann kompensiert werden in der gleichen Art wie die Geschaefte, das heisst zu einer Rate, die wir festlegen werden, und die Treuhaender werden die Interessen der Juden wie auch seine Anteile uebernehmen, die er hernach verkauft oder an den Staat uebertragen kann, wie er es gerade wuenscht. Das heisst sein Anteil, der in den Fabriken steckt, wird ihm zu dem Schluessel verguetet werden, den wir festsetzen." Stimmt das?

A. Jawohl.

F. Und die Zahlungen werden dem Staatstreuhaender uebertragen. Ist das richtig?

A. Durch den Staatstreuhaender; jawohl. Der Jude trat seinen Besitz ab und bekam dadurch Schuldverschreibungen, und das aber sollte der Treuhaender regeln, durch dreiprozentige Schuldverschreibungen.

F. Wir kommen jetzt zu den auslaendischen Juden. Koennen Sie sich daran erinnern?

A. Jawohl.

F. Und hier ist ein Vertreter des Aussenamtes mit anwesend und wuenscht, dass er mitreden kann, und zwar im Namen des Aussenministers. Stimmt das?

A. Jawohl.

F. Wir gehen ueber zu dem Punkt: Unterhaltung zwischen Ihnen und Heydrich.

A. Einen Augenblick bitte, es fehlt da ein Teil des Protokolls.- Richtig, ich habe es , wo zum ersten Mal Heydrich vorkommt.

F. Sie fragten, wieviel Synagogen tatsaechlich niedergebrannt wurde und Heydrich antwortete: "Im ganzen wurden 101 Synagogen durch Feuer zerstoert, 76 Synagogen demoliert, 7500 zerstoerte Geschaefte im Reich

H0306 - 0033

Stimmt das?

A. Jawohl.

F. Und dann sprach Dr. Goebbels dazu: "Ich bin der Meinung, dass das der Anlass sein muss, die Synagogen aufzuloesen." Und dann folgt eine laengere Diskussion ueber die Aufloesung der Synagogen. Ist das richtig?

A. Von Seiten Dr. Goebbels ja.

F. Und dann warf Dr. Goebbels die Frage des Rechts der Juden auf, auf der Eisenbahn zu fahren?

A. Ja.

F. Vielleicht kann ich eine Unterhaltung zwischen Ihnen und Goebbels ueber dieses Thema richtig zitieren: Dr. Goebbels sagte: "Weiterhin halte ich es fuer notwendig, dass die Juden ueberall da aus der Oeffentlichkeit herausgezogen werden, wo sie provokativ wirken. Es ist zum Beispiel heute noch moeglich, dass ein Jude mit einem Deutschen ein gemeinsames Schlafwagen-Abteil benutzt; es muss also ein Erlass des Reichsverkehrsministers herauskommen, dass fuer Juden besondere Abteile eingerichtet werden und dass, wenn dieses Abteil besetzt ist, die Juden keinen Anspruch auf Platz haben. Dass Juden aber nur dann, wenn alle Deutschen sitzen, ein besonderes Abteil bekommen, dass sie dagegen nicht unter die Deutschen gemischt werden und dass, wenn kein Platz ist, die Juden draussen im Flur zu stehen haben." - Ist das richtig?

A. Ja, das ist richtig.

F. "Goering: Da finde ich es viel vernuenftiger, dass man ihnen eigene Abteile gibt. Goebbels: Aber nicht, wenn der Zug ueberfuellt ist. Goering: Einen Moment! Es gibt nur einen juedischen Wagen. Ist er besetzt, muessen die uebrigen zu Hause bleiben. Goebbels: Aber nehmen wir an, es sind nicht so viele Juden da, die mit dem Fern-D-Zug nach Muenchen fahren; sagen wir, es sitzen zwei Juden im Zug un die anderen Abteile sind ueberfuellt. Diese beiden Juden haetten nun ein Sonderabteil. Man muss deshalb sagen: die Juden haben erst dann Anspruch auf Platz, wenn alle Deutschen sitzen. Goering: Das wuerde ich gar nicht

H0306 – 0034

extra einzeln fassen, sondern ich wuerde den Juden einen Wagen oder ein Abteil geben. Und wenn es wirklich jemals so waere, wie Sie sagen, dass der Zug sonst ueberfuellt ist, glauben Sie: das machen wir so, da brauche ich kein Gesetz. Da wird er herausgeschmissen, und wenn er allein auf dem Lokus sitzt waehrend der ganzen Fahrt." Ist das richtig?

A: Ja. Ich wurde allmaehlich nervoes, als Goebbels dauernd sich in Einzelheiten erging und ich habe in dieser Beziehung keine Erlasse und Gesetze herausgegeben. Das liest sich heute fuer die Staatsanwaltschaft sehr angenehm; aber damals war das eine erregte Sitzung, in der Goebbels fortgesetzt mit neuen Forderungen kam, die weit ueber das Mass hinausgingen und ueber eine interne Sitzung, und da habe ich meinem Temperament gemaess die Ausdruecke geaeussert.

F: Goebbels, der in diesem Thema sehr radikal war, sagte, dass die Juden auf dem Korridor stehen sollten und Sie sagten, sie sollen sich auf den Lokus setzen. Drueckten Sie sich so aus?

A: Nein, so ist das nicht. Ich sagte, sie sollen eigene Abteile bekommen, und als Goebbels immer noch nicht zufrieden war und Ausfuehrungen im einzelnen machte, da habe ich schliesslich gesagt, dazu brauche ich kein Gesetz, er kann schliesslich auf dem Lokus sitzen oder hinausgehen. Das sind Aeusserungen in diesem Zusammenhang, die aber mit der welthistorischen Bedeutung der ganzen Auseinandersetzung nichts zu tun hatten.

F: Wir gehen nun auf das Thema der deutschen Waelder ueber, das Goebbels behandelte.

A: Einen Moment, bitte. Ja. Es beginnt damit, dass Goebbels eine Verordnung forderte, wonach es den Juden absolut verboten wird, deutsche Erholungsstaetten zu besuchen, worauf ich antwortete, "man kann ihnen ja eigene geben." Und dann meinte er, man koennte sich ueberlegen, ob man ihnen eigene gibt oder ob man deutsche Baeder zur Verfuegung stellt, aber nicht die schoensten; dass man sagt: In den Baedern koennen sich die Juden erholen. Es waere zu ueberlegen, ob es nicht notwendig ist, den Juden das Betreten des deutschen Waldes zu verbieten. Heute laufen Juden rudelweise im Grunewald herum; das ist ein dauerndes Provozieren. – Dann schalteten sich mehrere ein und ich antwortete ziemlich drastisch: Dann wuerde es besser sein, einen gewissen Waldteil zur Verfuegung zu stellen, weil er sie ganz aus dem Wald haben wollte,

H0306 - 0035

und daran habe ich zu diesem Punkt die so interessant erscheinende Bemerkung angeschlossen.

F: Haben Sie das folgende gesagt: "Wir werden den Juden einen bestimmten Teil des Waldes geben und Alpers wird dafuer sorgen, dass die verschiedenen Tiere, die den Juden verdammt aehnlich sehen - der Elch hat ja eine so gebogene Nase- dahin kommen und sich da einbuergern."
Haben Sie so gesagt?

A: Ja, das ist aus der Stimmung der ganzen Sitzung zu verstehen, und Goebbels sagte wiederum, er betrachte dieses Verhalten fuer provozierend. Dieses ganze war auch fuer mich dauernd, wenn ich das so ausdruecken will, eine Provokation, wenn er wichtige und entscheidende Wirtschaftsdinge ausseracht liess, um auf diese Nebensachen abzukommen.

F: Jetzt kommen wir zu dem Teil, wo Herr Hilgard, von der Versicherungsgesellschaft, hereingerufen worden ist. Koennen Sie das finden?

A: Ja.

F: Und dann sagten Sie zu Herrn Hilgard, als er eingetreten war: "Herr Hilgard, es handelt sich um folgendes: dass das Volk in einer berechtigten Abwehr dem Juden hat einen Schaden zufuegen wollen und dass dann tatsaechlich der Schaden von der deutschen Versicherungsgesellschaft gedeckt wird. Hier waere nun die Sache verhaeltnismaessig einfach, indem ich eine Verordnung mache, dass diese Schaeden, die aus dieser Aufwallung gekommen sind, nicht von der Versicherung zu decken sind."
Haben Sie das gesagt?

A: Jawohl, das habe ich gesagt.

F: Und Hilgard erklaerte, dass es drei Arten von Versicherungen gibt. Er erinnerte daran, dass zum mindesten so weit die Glasversicherung in Frage kommt, hier der weitaus groessere Teil der Geschaedigten arisch ist, naemlich der Hausbesitz, waehrend der Jude in der Regel nur als Mieter dort anwesend war. - Stimmt das?

A: Jawohl, das sind alles einzelne Auseinandersetzungen oder Diskussionen.

H0306 - 0036

F: Und Hilgard sagte dann: "Ich darf vielleicht folgendes feststellen. Das Ladenglasfenster wird nicht in der bbehmischen Glasindustrie fabriziert, sondern es ist ausschliesslich in den Haenden der belgischen Glasindustrie. Der Umfang dieser Schaeden ist nach meinen Schaetzungen, fuer 6 Millionen zu rechnen, d.h., fuer das Glas, das wir auf Grund der Versicherungsbedingungen den, in der Hauptsache, arischen Geschaedigten als Ersatz liefern muessen, muessen wir etwa 6 Millionen aufwenden..."

VORSITZENDER: Mr. Justice Jackson. Bevor Sie sich von dieser Seite abwenden: Aus Gruenden der Genauigkeit scheint, dass im dritten Abschnitt der Name Hilgard fälsch gesetzt ist, oder nicht? Es scheint, dass er sowohl die Frage stellt, als auch die Antwort gibt.

MR. JUSTICE JACKSON: Ich glaube, das ist ....

VORSITZENDER: Wahrscheinlich hat der Angeklagte die Frage gestellt. Es ist im dritten Absatz auf meinem Blatt.

MR. JUSTICE JACKSON: Ich fasse es so im Protokoll auf, dass der Name Hilgard deshalb erwaehnt ist, weil sich Goering an ihn mit "Herr Hilgard" gewandt hat.

VORSITZENDER: Gut.

MR. JUSTICE JACKSON: Es ist jedoch richtig, wie Sie angeben.

A: Ich darf darauf aufmerksam machen, das dem vorausgeht, was die Glasschaeden anbetrifft und dass Goebbels sagte, dass der Jude den Schaden bezahlen muss und dass ich sagte: "Es hat ja keinen Sinn. Wir haben keine Rohstoffe. Es ist alles auslaendisches Glas; das kostet Devisen! Man koennte die Waende hochgehen! " Sodann folgen die soeben erwaehnten Gespraeche.

Mr. Justice Jackson:

F: Ja. Und Hilgard fuehrte aus: "Nebenbei bemerkt, werden die Schaeden die Haelfte einer Jahresproduktion der gesamten belgischen Glasindustrie sein, wir sind der Auffassung, dass man von der Fabrikationsseite aus ein halbes Jahr braucht, um das Glas zu liefern, das zum Ersatz dieser Schaeden notwendig ist." Erinnern Sie sich daran?

A: Jawohl, jawohl.

F: Weiter unten kommen wir auf eine Stelle, wo Hilgard Ihnen ueber einen Laden unter den Linden erzaehlt, der angegriffen worden war.

H0306 - 0037

Finden Sie das?

A: Er sagte: "Der groesste Fall den wir auf diesem Gebiet haben, ist der Fall Markgraf unter den Linden." Meinen Sie das?

F: Richtig.

A: Jawohl.

F: "Dieser Schaden ist bei uns in Hoehe von 1.7 Millionen angemeldet worden, weil der Laden vollkommen ausgepluendert worden ist." Ist das richtig?

A: Ja.

F: "Goering: Daluege und Heydrich, Ihr muesst mir diese Juwelen wieder herbeischaffen durch Riesen-Razzien." Ist das der Befehl, den Sie gaben?

A: Ja selbstverstaendlich, dass die gestohlenen Dinge wieder zurueckgeholt werden.

F: Ihnen wieder zurueckgebracht wuerden, aber nicht den Juden zurueckgebracht werden?

A: Nicht mir persoenlich, verzeihen Sie, das ist ganz klar.

F: Dem Staat zurueckgebracht werden. Sie hatten nicht die Absicht, dieselben an die Juden zurueckzugeben?

A: Hierueber ist zunaechst noch gar nichts gesagt, sondern entscheidend ist, dass sie zurueckgebracht werden sollten.

F: "Wir sind auch dabei, das gepluenderte Gut herbeizuschaffen," so wie es Heydrich ausgedrueckt hat. Ist das richtig? Und Sie fuegten hinzu: "Und die Juwelen ?"

A: Ich kann doch nicht, wenn eine grosser Juwelenladen gepluendert worden ist, einfach zulassen, dass nun nichts geschieht, denn diese Wertgegenstaende konnten doch allen moeglichen Unsinn anrichten. Ich habe deshalb den Befehl gegeben, durch Razzien diese Sachen, wie auch andere gestohlene Gueter wieder hereinzubringen. Wenn das Geschaeft arisiert wurde, dann ging auch der Inhalt des Geschaeftes, damit in den neuen Besitz ueber. Entscheidend war aber, dass zunaechst gegen diejenigen, die gestohlen und gepluendert hatten, etwas unternommen wurde und es heisst ja auch, dass bereits 150 verhaftet seien.

H0306 - 0038

F: Und Heydrich setzte mit seinen Bericht ueber die Methoden dieser Razzien fort, nachdem Sie ihn daran erinnert hatten, die Juwelen zurueckzubringen.

"Das ist sehr schwer zu sagen. Sie sind z.T. auf die Strasse hinausgeschmissen worden und dort aufgegriffen worden. Aehnliches hat sich bei Pelzlaeden abgespielt, z.B. in der Friedrichstrasse im Revier C. Da hat sich natuerlich die Menge darauf geworfen, hat Nerze, Skunkse usw. mitgenommen. Das ist sehr schwer wiederzukriegen. Z.T. haben auch Kinder lediglich aus Spielerei sich die Taschen vollgesteckt. Man muesste anregen, dass H.J., nicht ohne Wissen der Partei, eingesetzt werden darf und an solchen Dingen beteiligt wird. Solche Dinge sind sehr bald zerstoert."

A: Das steht hier.

F: Daluege schlaegt dann vor: "Es waere vor allen Dingen notwendig, von der Partei aus einen Befehl herauszugeben, dass sofort an die Polizei Meldung erstattet wird, wenn etwa die Nachbarsfrau -- man kennt ja den Nachbarn ganz genau -- einen Pelz umarbeiten laesst, oder die Leute mit neuen Ringen oder Armbaendenn ankommen, dass uns die Partei da unterstuetzt." Ist das richtig.

A: Das ist absolut richtig.

F: Hilgard widersprach Ihrem Plan, die Versicherungsgesellschaften von der Zahlung der Schaeden zu befreien, oder nicht?

A: Jawohl, das ist richtig.

F: Und er gab die folgenden Gruende: "Hilgard: Wenn ich das begruenden darf: Es haengt einfach damit zusammen, dass wir in starkem Masse auch internationale Geschaefte treiben. Wir haben fuer unsere Geschaefte eine sehr gute internationale Basis und wir muessen, gerade im Interesse der deutschen Devisenbilanz, Wert darauf legen, dass das Vertrauen zu der deutschen Versicherung nicht gestoert wird. Wenn wir es heute ablehnten, klare, uns gesetzlich obliegende vertragliche Verpflichtungen zu erfuellen, so waere das ein schwarzer Fleck auf dem Ehrenschild der deutschen Versicherung.

Goering: Aber nicht mehr in dem Augenblick, wo ich durch eine staatliche Verordnung, durch ein Gesetz eingreife."

H0306 - 0039

Zitiere ich richtig?

A: Jawohl. Und Hilgard antwortete, darauf wollte ich naemlich kommen. Er meinte also, sie koennten nicht ohne gesetzliche Grundlage und ohne gesetzliche Basis sich der Versicherungszahlung entziehen. Wenn aber der souveraene Staat ein Gesetz macht, dass die Versicherungssummen zu Gunsten des Staates eingezogen werden, dann ist die Versicherungsgesellschaft fuer sich nicht mehr dafuer haftbar.

F: Ich frage Sie nun, ist es nicht richtig, dass obwohl Sie vorschlugen ein Gesetz zu erlassen, das die deutschen Versicherungsgesellschaften von Zahlungen befreiten, die Gesellschaften darauf bestanden, ihre Verpflichtungen zu erfuellen. Sodann schaltete sich Heydrich ein und sagte: "Man mag ruhig die Versicherung ausschuetten, aber nachher, bei der Auszahlung wird sie beschlagnahmt. Dann ist formell das Gesicht gewahrt." Ist das richtig?

A: Das sagt Heydrich. Ich habe aber ein klares Gesetz gemacht.

F: Haben Sie aber sodann nicht gesagt: "Einen Moment! Auszahlen muessen Sie sowieso, weil Deutsche geschaedigt sind. Sie bekommen aber ein gesetzliches Verbot, die Auszahlung unmittelbar an die Juden vorzunehmen. Die Schaeden, die Sie an die Juden auszuzahlen haetten, muessen Sie auch auszahlen, aber nicht an den Juden, sondern an den Finanzminister.

Hilgard: Aha!"

Sie haben den Vorschlag Heydrichs angenommen, der dem, den Sie vorgebracht hatten, ganz entgegengesetzt war"

A: Nein, ich habe den Heydrich's nicht angenommen, sondern ich habe ein Gesetz gemacht, dass die an Juden faelligen Versicherungen an den Finanzminister abzufuehren sind, um nicht diesen anderen Weg von Heydrich zu gehen, dass die Versicherungen ausgezahlt werden sollten und dann stillschweigend beschlagnahmt, sondern ich bin hier den klaren gesetzlichen Weg gegangen und habe mich nicht gescheut, hierfuer das Gesetz zu machen und die Verantwortung zu uebernehmen, dass diese Schaeden an den Staat, d.h. an den Finanzminister auszuzahlen sind.

Mr. Justice Jackson: Das Gericht kann fuer sich selbst urteilen. Wir haben den Beweis.

F: Hilgard, der die Versicherungsgesellschaften vertrat, warf sodann die Frage auf, dass die Hoehe der Praemien fuer Glasversicherungen sehr wichtig

sei, dass Glasversicherungen das groesste Geschaeft der Gesellschaften seien", dass dieser Schaden, der jetzt entstanden ist, ungefaehr die doppelte Hoehe eines normalen Jahresschadens betraegt."

Er warf ferner die Frage auf, dass damit die Gewinne der deutschen Versicherungsgesellschaften vernichtet wuerden, oder nicht?

A. Ja.

F. Wenn auch die Frage, hinsichtlich der Anzahl der zerstoerten Laeden -- Heydrich berichtete von 7500, ist das richtig?

A. Ja.

F. Ich moechte Sie nun auf das folgende Gespraech verweisen: "Daluege: ..." Uebrigens wer war er?

A. Daluege war der Fuehrer der Schutzpolizei.

F. "Eine Frage muss noch besprochen werden. Due Waren, die sich in den Laeden befanden, sind nicht Eigentum des Besitzers gewesen, sondern laufen groesstenteils auf Rechnung von anderen Firmen, die diese Waren geliefert haben. Jetzt kommen die unberechneten Lieferungen von Firmen, die bestimmt nicht alle juedisch, sondern arisch sind, die Waren, die auf Kommission gegeben waren.

Hilgard: Die muessen auch bezahlt werden.

Goering: Mir waere lieber gewesen, Ihr haettet 200 Juden erschlagen und haetet nicht solche Werte vernichtet.

Heydrich: 35 Tote sind es."

Lese ich das richtig?

A. Jawohl, das war eine Aeusserung des Unmuts und der momentanen Erregung.

F. Momentan aufrichtig, oder nicht?

A. Es war nicht ernstlich gemeint, sondern, ich habe es ausdruecklich betont, das war ein Ausfluss einer momentanen Erregung ueber die ganzen Vorgaenge ueber die zerstoerten Werte und die Schwierigkeiten, die hier aufgetreten waren. Es ist selbstverstaendlich, wenn heute jedes Wort, das ich waehrend der 25 Jahre in diesen Kreisen gesprochen habe, auf die Goldwaage gelegt wird, so werde ich Ihnen selbst noch ganz andere Aeusserungen sagen koennen.

F. Sodann fuegte sich Funk ein, um die Devisenfrage zu behandeln, oder nicht? Er nahm an der Diskussion zeitweilig teil, oder nicht? Ich will darauf

H0306 - 0040

H0306 - 0041

nicht eingehen.

A. Es fehlen ja immer gewisse Teile des Protokolls, das hier nicht so klar ist. Ich bedauere, dass diese Teile fehlen. Das ist merkwuerdig.

F: Ich bedauere das auch.

Hilgard kam dann nochmals auf den Gegenstand der Gewinne der Versicherungsgesellschaften zurueck, oder nicht?

A: Ja sicherlich.

F: Und haben Sie nicht das Folgende gesagt: " ... der Jude muss den Schaden anmelden. Er kriegt die Versicherung, aber die wird beschlagnahmt, es bleibt also im Endeffekt immerhin doch noch insofern ein Verdienst fuer die Versicherungsgesellschaften, als sie einige Schaeden nicht auszuzahlen brauchen. - Herr Hilgard, Sie koennen schmunzeln!

Hilgard: Ich habe gar keinen Grund, wenn das ein Verdienst genannt wird, dass wir einen Schaden nicht zu bezahlen brauchen.

Goering: Erlauben Sie einmal! Wenn Sie juristisch verpflichtet sind, 5 Millionen zu zahlen, und aufeinmal kommt Ihnen hier ein Engel, in meiner etwas korpulenten Form, und sagt Ihnen: Eine Million koennen Sie behalten, zum Donnerwetter nocheinmal, ist das kein Verdienst? Ich muesste direkt Kippe mit euch machen, oder wie nennt man das sonst. - Ich merke es am besten an Ihnen selbst. Ihr ganzer Koerper schmunzelt. Sie haben einen grossen Rebbes gemacht."

Zitiere ich richtig?

A: Ja, selbstverstaendlich habe ich das gesagt.

VORSITZENDER: Wir vertagen uns nunmehr.

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 1400 Uhr des gleichen Tages vertagt.)

File Copy

H0306-0042

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 20.MAERZ 1946
SITZUNG 14.00 bis 17.00 UHR.

Dr. SEIDL (Verteidiger des Angeklagten Hess):

Herr Vorsitzender, der Angeklagte Hess hat den Wunsch geaeussert, von der heutigen Nachmittags-Sitzung wegbleiben zu duerfen, und zwar deshalb, weil er sich fuer seine Vernehmung als Zeuge, die ja in den naechsten Tagen erfolgen wird, vorbereiten moechte. Ich glaube nicht, dass irgend eine Verzoegerung im Verfahren dadurch entstehen wuerde, und ich moechte das Gericht bitten, diesem Wunsche des Angeklagten Hess stattgeben zu wollen.

VORSITZENDER: Gewiss, unter den gleichen Bedingungen wie vorher, naemlich dass Sie mit einem Kollegen es arrangieren, dass Ihre Interessen gesichert sind, waehrend Sie abwesend sind.

Dr. SEIDEL: Ich werde nicht abwesend sein, sondern nur Hess.

VORSITZENDER: Dann ist es in Ordnung.

KREUZVERHOER - fortgesetzt durch

Mr. JUSTICE JACKSON: Ich verweise Sie nochmals auf US-Exhibit 261, Dokument 1816-PS. Gehen Sie zum 5. Teil ueber, wo Sie ueber Margrafs Juwelengeschaeft sprachen, wo die Juwelen verschwunden sind?

A. Also wieder zurueck zu dem, was wir bereits erledigt haben.

Mr.JUSTICE JACKSON: Ab 5. Teil. Ich verweise Sie auf Ihre Erklaerung und zwar die folgende:

"Jetzt kommen die Schaeden, zunaechst die Schaeden, die der Jude gehabt hat, dass bei Margraf die Juwelen verschwunden sind usw. Die sind weg und werden ihm nicht ersetzt. Den Schaden hat er. Soweit die Juwelen von der Polizei wieder eingebracht werden, verbleiben sie dem Staat." Koennen Sie das finden?

A. Ja, das ist richtig. Aber auf Grund der Gesetze erfolgte dafuer ja eine Entschaedigung.

Mr.JUSTICE JACKSON: Es waren auch Vertreter von Oesterreich bei dieser Sitzung. Gehen Sie bitte eine Seite weiter, was er gesagt hat, mit Bezug auf die Zustaende Oesterreich's, es ist auf derselben Seite, ein bischen weiter.

A. Jawohl.

F. Ich frage Sie nun hier, ob er nicht berichtet hat, und zwar in Ihrer Sitzung, und dass er vorher gesagt hat:

"Exzellenz, in dieser Frage haben wir schon einen vollkommenen Plan fuer

H0306 - 0043

Oesterreich. In Wien gibt es 12000 juedische Handwerksbetriebe und 5000 juedische Einzelhandelsgeschaefte. Fuer diese zusammen 17 000 offenen Laeden lag die endgueltige Planung fuer alle Gewerbetreibenden schon vor dem Umbruch vor. Von den 12 000 Handwerksbetrieben sollten nahezu 10 000 endgueltig gesperrt und 2 000 aufrecht erhalten werden. Von den 5 000 Einzelhandelsgeschaeften sollten 1000 aufrecht erhalten, das heisst arisiert, und 4 000 geschlossen werden. Nach diesem Plan wuerden also 3 000 bis 3 500 von den im Ganzen 17 000 Geschaeften offen bleiben, alle uebrigen geschlossen werden. D. ist auf Grund von Untersuchungen fuer jede einzelne Branche nach den oertlichen Beduerfnissen abgestimmt, mit allen zustaendigen Stellen erledigt und kann morgen hinausgehen, sobald wir das Gesetz bekommen, das wir im Septembe erbeten haben, das uns ermaechtigen soll, ganz allgemein ohne Zusammenhang mi der Judenfrage Gewerbeberichtigungen zu entziehen. Das waere ein ganz kurzes Gesetz.

Goering: Die Verordnung werde ich heute machen.

A. Selbstverstaendlich. Es handelt sich hier um ein Gesetz der Einschraenkung des ausserordentlich uebersetzten Einzelhandels, die auch ohne Zusammenhang mit der Judenfrage eine Einschraenkung der Gewerbetreibenden gebracht haben wuerde. Dies geht aus dem Protokoll hervor.

F. Schoen, wollen wir ein bisschen weiterlesen.

Wie wollen Sie dem Gericht jetzt sagen, dass das sich nicht auf juedische Geschaefte bezieht, dass das nichts mit der juedischen Frage zu tun hatte.

A. Ich habe gesagt, dass unabhaengig von der Judenfrage eine Einschraenkung erfolgt waere, und dass dies aus folgendem Satz des Herrn Fischboeck hervorgeht, den Sie selbst verlesen haben, dass sie ein Gesetz erbeten haben das uns ermaechtigen soll, ganz allgemein, ohne Zusammenhang mit der Judenfrage, Gewerbeberechtigungen zu entziehen. Das waere ein ganz kurzes Gesetz. Worauf ich antwortete: Die Verordnung werde ich heute machen.

F. Nun, wenn Sie - e -

A. Dass nun bei dieser Bedingung hierbei in erster Linie die juedische Geschaefte ausgeschaltet wurden, habe ich schon eingangs gesagt.

F. Wollen Sie bitte weiter unten lesen, 2 Paragraphen weiter, wo das Folgende gemeldet wird:

"Auf diese Art und Weise werden weniger als 100 Geschaefte uebrig bleiben, w

scheinlich weniger. Auf die Weise koennten wir bis Ende des Jahres die gesamte nach aussen sichtbare juedische Geschaeftswelt beseitigt haben.

Goering. Das waere hervorragend.

Fischboeck: - - - "

A. Jawohl, das war ja der Sinn der Sitzung.

F."Fischboeck: Dann waeren von 17 000 Geschaeften 12 000 oder 14 000 geschlossen und der Rest arisiert, oder an die Treuhandstelle uebertragen, die dem Staat gehoert.

Goering: Ich muss sagen; der Vorschlag ist wunderbar. Dann wuerde in Wien, einer der Hauptjudenstaedte, sozusagen bis Weihnachten oder Ende des Jahres diese ganze Geschichte wirklich ausgeraeumt sein.

Funk: Das koennen wir auch hier machen. Ich habe fuer diesen Fall eine Verordnung vorbereitet, die besagt, dass Juden vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen und Versandgeschaeften, sowie der selbstaendige Betrieb eines Handwerks untersagt ist. Ferner ist es ihnen verboten, dafuer Angestellte einzustellen oder Leistungen anzubieten, dafuer zu werben, oder Bestellungen darauf anzunehmen. Wo ein juedisches Gewerbe gefuehrt wird, ist es polizeilich zu schliessen. Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsfuehrer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 sein. Ist ein Jude an leitender Stellung eines Wirtschaftsunternehmens taetig, ohne Betriebsfuehrer zu sein, so kann das Anstellungsverhaeltnis durch den Betriebsfuehrer mit einer Frist von 6 Wochen gekuendigt werden. Nach Ablauf der Kuendigungsfrist sind alle Ansprueche des Dienstverpflichteten aus dem gekuendigten Vertrag einschliesslich etwaiger Versorgungsansprueche erloschen. Das ist immer sehr unangenehm und eine grosse Gefahr. Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein. Juedische Mitglieder von Genossenschaften scheiden bis 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Genehmigung ist nicht erforderlich. Die zustaendigen Reichsminister werden ermaechtigt, die fuer diese Verordnung erforderlichen Durchfuehrungsbestimmungen zu erlassen.

Goering: Ich glaube, dass wir diese Verordnung unterschreiben koennen."

A. Ja.

F. Gehen Sie jetzt bitte ein ziemliches Stueckweiter ueber den Dialog betreffs der Wiener Situation. Ich verweise Sie auf den Teil, wo Funk sprich

H0306 - 0044

und Sie fragt: "Warum duerfen Juden keine Obligationen mehr behalten?"
"Goering: Damit waere der Jude beteiligt."

A. Ja, und das war ja der Zweck, ihn aus dem Unternehmen herauszubringen Wenn er die Wertpapiere behielt, hatte er auf Grund seiner Aktienrechte die Beteiligung weiter an dem Unternehmen, und konnte auf Grund der Aktienbeteiligung in dem Unternehmen seine Leitung geltend machen.

F. Sie wiesen Funk's Vorschlag, dass die Juden Wertpapiere behalten, ab.

A. Jawohl, Schuldverschreibungen habe ich anstelle der Wertpapiere gesetzt.

F. Wir uebergehen jetzt weitere Seiten der Debatte, vorausgesetzt, dass Sie nicht etwas besonderes vorlesen wollen, und wir kommen jetzt zu dem Punkt wo Heydrich spricht, und zwar seinen Gesichtspunkt bekanntgibt. Und hier wird folgendes gesagt:

"Heydrich: Mindestens 45 000 Juden muessten das Land verlassen und zwar auf legale Art und Weise.

Goering: - - - "

A. Einen Augenblick.

Ich habe es jetzt.

F. "Heydrich: Durch legale Massnahmen sind zum mindesten 45 000 Juden herausgebracht worden.

Goering: Wie war das moeglich?

Heydrich: Wir haben das in der Form gemacht, dass wir den reichen Juden, die auswandern wollten, bei der juedischen Kulturgemeinde eine gewisse Summe abgefordert haben. Mit dieser Summe und Devisenzuzahlungen konnte dann eine Anzahl der armen Juden herausgebracht werden. Das Problem war ja nicht, den reichen Juden herauszukriegen, sondern den juedischen Mob."

Stimmt das?

A. Einen Augenblick. Ich finde das hier doch nicht, aber generell stimmt das , ja.

F. Und ein bisschen weiter unten, spricht wieder Heydrich und macht Vorschlaege und sagt: "Fuer die Isolierung moechte ich rein polizeilich einige Vorschlaege kurz unterbreiten, die auch wegen ihres psychologischen Einfluss auf die oeffentliche Meinung von Wert sind. Zum Beispiel, die persoenliche Kennzeichnung des Juden, indem man sagt: Jeder Jude im Sinne der Nuernberger Gesetze muss ein bestimmtes Abzeichen tragen. Das ist eine Moeglichkeit, die

H0306 - 0045

viele andere Dinge erleichtert - in Bezug auf Ausschreitungen sehe ich keine Gefahr -, die uns auch das Verhaeltnis zum auslaendischen Juden erleichtert.

Goering: Eine Uniform!

Heydrich: Ein Abzeichen. Dadurch koennte man auch die Schaeden abstellen, die dadurch entstehen, dass die auslaendischen Juden, die sich in ihrem Aeusseren nicht von inlaendischen Juden unterscheiden, in Mitleidenschaft gezogen werde

Goering: Aber lieber Heydrich, Sie werden nicht darum herumkommen, in ganz grossem Masstab in den Staedten zu Ghettos zu kommen. Die muessen geschaffen werden."

Haben Sie das gesagt?

A. Ich habe das gesagt. Es handelte sich auch damals darum, die Zusamme fassung der Juden in gewissen Teilen und Strassen der Staedte durchzuordnen, weil auf Grund der Mietsordnung das anders nicht moeglich war, und jeder einzelne Jude an sich, wenn diese Abzeichen gekommen waeren, geschuetzt werden haette koennen.

F. Wir gehen in der Unterhaltung nunmehr weiter und ich verweise Sie au den folgenden Text, eine Warnung von Heydrich ueber die Massnahmen, die besprochen wurden:

"Goering: Wenn wir ueberhaupt einmal ein Ghetto haben, koennten wir feststel was fuer Geschaefte da hereinmuessen, und dann kann man sagen: Du, Jude soun so, bekommst jetzt mit dem und dem zusammen die Konzession fuer die Anliefer Dann wird eine deutsche Engros-Firma beauftragt, fuer dieses juedische Geschaeft zu liefern. Dieses Geschaeft ist dann nicht ein Einzelgeschaeft, sor eine Konsumwirtschaft, ein Konsumverein fuer die Juden."

Heydrich: Diese ganzen Massnahmen werden praktisch-organisch zu einem Ghetto fuehren. Ich muss sagen: Man soll heute nicht ein

H0306 – 0046

H0306 - 0047

Ghetto bauen wollen. Aber durch diese Massnahme werden die Juden automatisch in ein Ghetto gedraengt in der Form, wie das angedeutet wurde."

Hat Heydrich diese Warnung ausgedrueckt?

A: Das steht hier, jawohl, aber es geht ja aus den naechsten Gespraechen dann hervor, dass ich sage: "Es kommt das Zwangsvermieten, jetzt kommen die juedischen Mietsparteien zusammen. Um das Zusammenruecken der juedischen Mietsparteien handelte es sich, damit die Unerquicklichkeiten, die sich aus dem gegenseitigen Vermieten ergaben, aufhoeren.

F: Sie haben etwas ausgelassen, dass Funk auch etwas gesagt hat: "Der Jude muss ganz eng zusammenruecken. Was sind 3 Millionen? Da muss der Einzelne fuer den anderen einstehen. Der einzelne allein verhungert."

F: Haben Sie das gefunden?

A: Ja. Aber es steht auch an einer anderen Stelle in dem Protokoll, wo ganz klar ausgedrueckt wird "Man kann doch die Juden nicht verhungern lassen und deshalb muessen hier die notwendigen Massnahmen geschaffen werden."

F: Sie schlossen die Sitzung, oder gegen Ende der Sitzung, hatten Sie das Folgende zu sagen: "Ich werden den Wortlaut waehlen, dass die deutschen Juden in ihrer Gesamtheit als Strafe fuer die ruchlosen Verbrechen usw. usw. eine Kontribution von einer Milliarde auferlegt bekommen. Das wird hinhauen. Die Schweine werden einen zweiten Mord so schnell nicht machen. Im uebrigen muss ich noch einmal feststellen: Ich moechte kein Jude in Deutschland sein."

A: Das war schon verlesen worden, ja.

F: Und war das ein Witz ebenfalls?

A: Ich habe Ihnen genau gesagt, wie es zu der Auferlegung der einen Milliarde gekommen ist.

F: Sie haben darauf hingewiesen, dass die Chauffeure von Gauleitern daran verhindert werden muessen, bei der Arisierung von juedischen Geschaeften sich zu reichern. Richtig?

A: Ja.

F: Nun nehmen wir die Frage der Kunstgegenstaende. Ich verweise Sie auf Dokument 141-PS, US-Exh. 308. Das ist die Verordnung, welche die Prioritaet auf den Anspruch fuer juedisches Kunsteigentum festsetzte. Koennen Sie sich daran erinne

H0306 – 0048

A: Dies ist mehrfach vorgetragen worden und ich habe neulich dazu ausgiebig Stellung genommen.

F: Der Befehl kam so hennus, wie er da steht. Stimmt das?

A: Jawohl,ich habe es ja betont.

F: Und im Paragraph 5 nimmt man Bezug auf diejenigen Kunstgegenstaende, die geeignet sind, in franzoesische Museen gegeben zu werden, und die versteigert werden und der dafuer eingehende Erloes dem franzoesischen Staat zugunsten der franzoesischen Kriegshinterbliebenen ueberlassen wird. Sie sagen, das ist niemals geschehen?

A: Ich habe nicht gesagt, dass dies niemals geschehen ist. Das war ja in dem Erlass hier meine Meinung.

F: Ich frage Sie nun, ob diese Zahlung je gemacht wurde?

A: Soweit es sich um den Paragraph 5 handelt, kann ich das nicht sagen. Ich kann nur Stellung nehmen zu den Zahlungen, die aus Paragraph 2 hervorgehen, die ich also nach den Schaetzungen festlegen liess, und ich habe neulich genau ausgefuehrt, dass dieser Betrag bereitlag, und dass ich immer wieder anfragte, auf welches Konto er eingezahlt werden soll. Und ich habe jeden einzelnen Gegenstand abschaetzen lassen, die zu dieser von mir zu errichtenden Sammlung gehen sollten.

F: Wo wurde dieser Betrag deponiert?

A: (Angeklagter Hermann Wilhelm Goering) Auf meiner Bank unter dem Namen Kunst-Fond.

F: (Justice Jackson) In welcher Bank?

A: Es war, das kann ich nicht genau sagen, es waren mehrere Banken, auf welcher Bank das Konto "Kunst-Fond" stand, kann ich Ihnen nicht sagen. Dazu muesste ich die Unterlagen hier haben.

F: Sie waren in verschiedenen Verhoeren nicht in der Lage, zu sagen, wo sich dieser Fond befindet, stimmt das?

A: Ich kann das nicht sagen, aber es brauchte ja nur meine Sekretaerin verhoert zu werden, die saemtliche Fonds fuehrte, die kann Ihnen das ganz genau sagen.

F: Dieser Befehl, 141-PS, wurde durch den Einsatzstab Rosenberg ausgefuehrt.

H0306 - 0049

Stimmt das?

A: Ja.

F: Haben Sie eine Erinnerung, wer das tatsaechlich ausgefuehrt hat? Kannten Sie Turner?

A: Ich habe den Namen nicht verstanden.

F: Kannten Sie Herrn Turner?

A: Ich kenne einen Turner, der aber mit dem Einsatzstab nichts zu tun hatte und der in Jugoslawien, soviel ichweiss, war.

F: Befand sich nicht Staatsrat Turner in Zusammenhang mit den Kurstsammlungen i Paris?

A: Ich wiederhole noch einmal, damit kein Irrtum moeglich ist. Sie sagten Turn T-u-r-n-e-r oder Koerner, K-o-e-r-n-e-r ?

F: Turner.

A: Koerner?

F: T-u-r-n-e-r.

A: Tuerner weiss ich nicht, dass er mit dem Einsatzstab Rosenberg zu tun hatte

F: Aber Sie kannten ihn? Stimmt das?

A: Jawohl.

F: Kannten Sie Dr. Bunjes?

A: Bunjes, B-u-n-j-e-s, jawohl.

F: Kannten Sie ihn?

A: Jawohl.

F: Er hatte mit den erbeuteten oder beschlagnhhmten juedischen Kunstgegenstaen den zu tun? Est das richtig?

A: Ich glaube nicht, dass Dr. Bunjes damit zu tun hatte. Er war einem anderen Kunstgebiet zustaendig, sondern zu tun damit hatte der Einsatzstab Rosenberg u gewisse Orggane der Militaer-Verwaltung.

F: Ichwerde Ihnen nun zwecks Auffrischung Ihres Erinnerungsvermoegens das Schr stueck 2523-PS, Beweisstueck USA-783 vorlegen lassen. Es handelt sich um einen Brief des Dr. Bunjes und ichfrage Sie nunmehr, ob dieser Ihrer Erinnerung an g wisse Ereignisse nachhelfen wird?

H0306 – 0050

"Ich wurde am Dienstag den 4.2.1941 zum ersten Male um 18.30 Uhr zum Vortrag bei Herrn Reichsmarschall im Quai d'Orsay befohlen. Bei dem Vortrag war zugegen Herr Foldfuehrer von Behr vom Einsatzstab Rosenberg. Man kann mit Worten natuerlich kaum den herzlichen Ton andeuten, in dem die Unterhaltung verlief." Koennen Sie sich an eine derartige Zusammenkunft erinnern?

A: Nein, sie ist nicht so bedeutend, dass ich mich erinnere, aber ich will sie keinesfalls abstreiten.

F: Vielleicht wird das Folgende Ihrem Erinnerungsvermoegen nachhelfen:

"Herr Reichsmarschall verliess dann aber zunaechst das Thema Turner und liess sich berichten ueber den gegenwaertigen Stand der Erfassung juedischen Kunstbesitzes in den westlichen besetzten Gebieten. Bei dieser Gelegenheit uebergab der Herrn von Behr die Photographien derjenigen Kunstgegenstaende, die der Fuehrer in seinen Besitz bringen moechte. Weiter uebergab er Herrn von Behr die Photos derjenigen Kunstgegenstaende, die Herr Reichsmarschall selbst erwerben will."

A: Ich kann Ihnen nicht folgen.

F: Haben Sie die betreffende Stelle noch nicht gefunden oder erinnern Sie sich der Zusammenkunft nicht?

A: Nein, ich habe die Stelle noch nicht gefunden. Ich bitte mir Zeit zu lassen, damit ich den Zusammenhang dieses Schreibens, das ja weder von mir stammt, noch an mich gerichtet ist, erkennen kann.

F: Ich will Ihre Aufmerksamkeit auf einen weiteren Absatz desselben lenken. Vielleicht wird dieser Ihr Erinnerungsvermoegen auffrischen:

"Am Mittwoch den 5.2.1941 wurde ich von Herrn Reichsmarschall in das "Jeu de Paume" beordert. Um 15 Uhr besuchte Herr Reichsmarschall in Begleitung von General Hanesse, Herrn Angerer und Herrn Hofer die dort neuerdings ausgestellten juedischen Kunstschaetze."

A: Ja, ich habe ja in meiner Aussage gesagt, dass ich im Jeu de Paume die Kunstschaetze ausgewaehlt habe. Das ist richtig.

F: Jetzt kommen wir schon ein Stueck weiter. Ich setze fort:

"Anschliessend besichtigte Herr Reichsmarschall die aufgestellten Kunstschaetze unter meiner Fuehrung und traf eine Auswahl derjenigen Kunstwerke, die dem Fuehrer zugefuehrt werden sollen und derjenigen, die in seine eigene Samm-

H0306 - 0051

lung gebracht werden sollen.

Ich machte bei dieser Besprechung unter vier Augen Herrn Reichsmarschall noch einmal darauf aurmerksam, dass eine Protestnote der franzoesischen Regierung gegen die Taetigkeit des Einsatzstabes Rosenberg vorliege unter Bezugnahme auf d' von Deutschland im Waffenstillstand von Compiegne anerkannte Haager Landkriegsordnung und wiess darauf hin, dass bei Herrn General von Stuelpnagel ueberdie Behandlung der sichergestellten juedischen Kunstschaetze anscheinend eine Auffassung herrsche, die der von Herrn Reichsmarschall vertretenen zuwiderliefe.

Herr Reichsmarschall liess sich darauf eingehend informieren und traf folgende Anordnung:

1. "Massgeblich sind meine Befehle. Sie handeln unmittelbar nach meinen Befehlen." Die im Jeu de Paume zusammengetragenen Kunstgegenstaende werden auf Befehl des Reichsmarschalls sofort in einen Sonderzug verladen und nach Deutschland gebracht. Diejenigen Kunstgegenstaende, die in den Besitz des Fuehrers uebergehen sollen un diejenigen Kunstgegenstaende,, die der Reichsmarschall fuer sich beansprucht, werden in 2 Eisenbahnwagen verladen, die dem Sonderzug des Reichsmarschalls angehaengt und bei dessen Abreise nach Deutschland - Anfang naechster Woche - nach Berlin mitgenommen werden. Herr Feldfuehrer von Behr wird Herrn Reichsmarschall in seinem Sohderzug auf der Fahrt nach Berlin begleiten.

Auf meinen Einwand, dass die Juristen wahrscheinlich anderer Meinung sein wuerden und von seiten des Militaerbefehlshabers in Frankreich wahrscheinlich Einwendungen erhoben wuerden, antwortete Herr Reichsmarschall woertlich:

"Lieber Bunjes, das lassen Sie meine Sorge sein, der hoechste Jurist im Staate bin ich".

Herr Reichsmarschall versprach, am Donnerstag den 6. Februar den schriftlichen Befehl zur Ueberfuehrung der sichergestellten juedischen Kunstschaetze nach Deutschland aus seinem Hauptquartier durch Kurier an den Chef des Militaerverwaltungsbezirkes Paris zu uebersenden."

Nun hat dies nun Ihr Erinnerungsvermoegen aufgefrischt?

A. An sich durchaus nicht, aber s steht ja nicht bis auf einen einzigen Satz im Widerspruch zu meinen Ausfuehrungen, die ich darueber im Zusammenhang mit den Kunstschaetzen gemacht habe. Der einzige Unsinn, der darin steht, ist der, dass ich sicherlich nicht der hoechste Jurist im Staate bin, denn das war ich Gottseidank nicht. Das ist eine Aeusserung, die Herr Bunjes gebraucht hat und ich kann ja hier nicht verantwortlich gemacht werden fuer jede Aeusserung, die irgend jemand zu einem Anderen gemacht hat, ohne dass ich die Moeglichkeit gehabt hatte, sie richtig zu stellen. Im uebrigen, das andere entspricht meiner Darstellung, die ich neulich gegeben habe.

F. Nun, die Kunstschaetze wurden dann in Waggons verladen und nach Berlin befoerdert? Ist das richtig?

A. Zum Teil, ja.

F. Ich verweise nunmehr Ihre Aufmerksamkeit auf Schriftstueck 1o4-PS, US-Beweisstueck 784 und lasse Ihnen dasselbe uebergeben. Ich ersuche Sie jetzt, Ihr Erinnerungsvermoegen aufzufrischen und mir zu sagen, ob dieser Bericht an den Fuehrer mit Ihrer Aussage uebereinstimmt?

"Ich melde, dass der Haupttransport -------

A. Ich moechte betonen, die Meldung stammt nicht von mir.

F. Das weiss ich. Ich moechte nur wissen, ob der Inhalt richtig ist.

> "Ich melde, dass der Haupttransport des in Paris von meinem Einsatzstab sichergestellten, herrenlosen juedischen Kulturgutes am Sonnabend, den 15. dieses Monates, als Sonderzug am Bergungsort in Neuschwanstein eingetroffen ist. Der vom Reichsmarschall Hermann Goering zur Verfuegung gestellte Sonderzug umfasste 25 D-Zug-Packwagen mit wertvollsten Gemaelden, Moebeln, Gobelins, Kunsthandwerk und Schmuckgegenstaenden. Der Transport umfasste in der Hauptsache den wichtigsten Teil der Sammlungen Rothschild, Seligmann und ein halbes Dutzend anderer Namen."

Haben Sie die Stelle gefunden und stimmt das?

H0306 – 0052

H0306 - 0053

A. Ob das so richtig ist, weiss ich nicht, da die Meldung nicht von mir stammt. Das Einzige, an was ich mich erinnern kann, ist, dass ich gebeten worden bin vom Einsatzstab auf Grund dieses Befehles, dass genuegend Sonderwagen, Packwagen zur Verfuegung gestellt wuerden, zum Abtransport der Kunstschaetze, da Jeu de Paume kein sicherer Aufenthaltsort bei Bombenangriffen war. Neuschwanstein liegt im Sueden von Muenchen. Es handelte sich hier um die Gegenstaende, die zum Fuehrer gingen.

Ich moechte aber auf den naechsten Satz des von mir nicht verfassten Dokumentes hinweisen:

"Die Beschlagnahme-Aktion meines Einsatzstabes hat auf Grund Ihres Befehles, mein Fuehrer, im Oktober 1940 in Paris begonnen."

Es deckt sich also mit dem, was ich gesagt habe in meinen frueheren Aussagen.

F. Wuerden Sie auch noch weiter lesen?

A. Sie meinen: "Ausser diesem Sonderzug sind bereits vorher die vom Reichsmarschall ausgewaehlten Hauptwerke - hauptsaechlich der Sammlung Rothschild - in zwei Sonderwagen nach Muenchen gebracht worden und dort in den Luftschutzraeumen des Fuehrerbaues deponiert."

Es sind die von mir zunaechst ausgewaehlten kostbarsten Kunstwerke, die auf Wunsch des Fuehrers dort in den Luftschutzkeller geschickt werden sollten, haben also nicht unmittelbar mit meinen Dingen zu tun, aber ich habe ja nicht bestritten und das eingehend ausgefuehrt.

F. Als Sie vor der Amerikanischen Kommission fuer Auslands-Aktiven aussagten, gaben Sie den Wert Ihrer Kunstschaetze zu dem Zeitpunkt der Uebergabe an den Staat mit ungefaehr 50 Millionen Reichsmark an, soweit ich mich erinnere.

A. So stimmt das nicht. Diese Kommission wollte unter allen Umstaenden eine Wertfestsetzung haben und es ging die Diskussion lange hin und her. Und ich sagte der Kommission ausdruecklich, dass ich den Wert gar nicht feststellen koenne, da ich die Dinge nicht vor mir habe und auch kein Verzeichnis und sie nicht so im Kopfe besitze, ferner

H0306 - 0054

auch die jeweiligen Schwankungen und Einschaetzungen betrachtet werden muessten und in einem Falle Liebhaberwert und im anderen Falle Handelswert eingesetzt werden muesste. Da ich die Niederschriften dieser Protokolle trotz meiner Bitten nicht gesehen habe und sehr haeufig gerade bei diesen Protokollen Missverstaendnisse entstanden sind, vermag ich nur die Protokolle anzuerkennen, die ich unterschrieben habe.

F. Nun befrage ich Sie ueber diese Tatsache:

"Als ich die Nachricht dem Finanzminister bekanntgab, schaetzte ich den Wert zu jener Zeit mit 50 Millionen Reichsmark." Sagten Sie das oder nicht?

A. Ich kann nicht den Wert angeben, ich habe nur dem Finanzminister seinerzeit gesagt, dass meine gesamte Sammlung, auch meine eigene, in den Staatsbesitz uebergehen wuerde. Und weil ich meine Sammlerleidenschaft kannte, dachte ich mir, ist es durchaus moeglich, dass mir ploetzlich etwas geschehen kann und ich mein gesamtes, auch privates Vermoegen in diese Kunstsachen gegeben habe und folgedessen es sein kann, dass auf Grund meiner Bestimmungen der gesamte Kunstbesitz in Staats-, bezw. Volkseigentum uebergeht, meine Familie auf diese Weise vis-a-vis de rien stehen koennte und er moechte dann eine entsprechende Rente oder Ausgleich aussetzen. Das waren die Verhandlungen mit dem Finanzminister, die er bezeugen kann.

F. Welchen Teil Ihrer Kunstsammlung haben Sie nach 1933 erworben?

A. Ich habe die Frage nicht verstanden.

F. Welchen Teil Ihrer Kunstsammlung haben Sie nach 1933 erworben?

A. Im einzelnen kann ich das nicht sagen - eine ganze Reihe von Bildern und Statuen.

F. Sie haben behauptet, dass ein Teil Ihrer Kunstsammlung von Ihnen kaeuflich erworben wurde?

A. Sicherlich.

F. Und im Zusammenhang damit wurden Erkundigungen ueber Ihre finanziellen Transaktionen gemacht, stimmt das?

A. Das weiss ich nicht, wer die Untersuchungen angestellt hat.

H0306 - 0055

F. Wurden Sie nicht befragt, betreffend Ihrer Quittung ueber einen Betrag von RM 7,276.000.- von der Rezza Zigarettenfabrik?

A. Nein, bin ich nie gefragt worden.

F. Man hat Sie niemals darueber befragt?

A. Nein, weder ueber die Summe, noch ueber die Zigarettenfabrik, noch sonst etwas.

F. Lassen Sie mich Ihrem Gedaechtnis hierueber etwas nachhelfen. Erklaerten Sie der Firma und Oberst Amen im Laufe von Verhoeren nicht, dass dieses Geld Ihnen von der Zigarettenfabrik gegeben wurde, unter Streichung ihrer rueckstaendigen Steuern?

A. Nein, ich habe sogar bestritten, dass deren rueckstaendige Steuern gestrichen worden seien. Ich erinnere mich jetzt, dass die Frage in einem anderen Zusammenhang an mich gestellt worden ist. Von der Wirtschaft wurde ein Teil der sogenannten Adolf-Hitler Spende aufgebracht und diese Summe wurde von Fuehrer fuer allgemeine Kulturaufgaben mir zur Verfuegung gestellt, diese Teilsumme.

F. Von diesem Zigaretten-Konzern?

A. Nicht von der Zigarettenfabrik; sondern fuer die Adolf-Hitler-Spende hat sich eine Reihe von Wirtschaftlern eingesetzt, und unter anderem hat Herr Remsmann diesen Betrag im Laufe der Jahre an mich gegeben, nach Vereinbarung mit dem Fuehrer. Ein Teil davon ist fuer die Staatstheater eingesetzt worden, ein Teil fuer den Ausbau der Kunstsammlungen, und andere kulturelle Ausgaben.

F. Nun wurden Sie am 22. Dezember 1945 von der Amerikanischen Kommission fuer Auslands-Aktiven, der U.S. Untersuchungskommission fuer Kartelle und Auslandsguthaben, verhoert? Ist das richtig?

A. Ich darf hier vorher ausdruecklich nun bemerken, dass ich aufgefordert worden bin, ob ich hiezu bereit waere, Aussagen zu machen, und dass diese Aussagen in keiner Weise mit diesem Prozess in Verbindung gebracht wuerden. Deshalb sei auch die Anwesenheit meines Verteidigers nicht notwendig. Diese Zusage ist ausdruecklich gegeben worden und ist mir wiederholt worden durch die Gefaengnisleitung, und vor dem Verhoer nochmals bestaetigt worden, dass diese Aussage in

H0306 - 0056

keiner Weise mit dem derzeitigen Prozess in Verbindung gebracht werden sollte. An sich ist es mir gleichgueltig. Sie koennen es gerne bringen. Ich moechte aber wegen der Methode dies ausdruecklich hier festgestellt haben.

DR. OTTO STAHMER (Verteidiger fuer den Angeklagten Goering)

Ich erhebe gegen die Aussage hiermit Widerspruch und zwar mit der Begruendung, die soeben von dem Zeugen gegeben worden ist. Ich selbst bin vor einiger Zeit, -ich glaube es war um Weihnachten- von den Herren des amerikanischen Schatzamtes befragt worden, ob sie ueber Vermoegensangelegenheiten den Angeklagten Goering vernehmen koennen. Ich brauche bei seiner Vernehmung nicht zugegen sein, weil sie mit dem Prozess nichts zu tun hat und nicht hiefuer ausgenuetzt wuerde.

JUSTICE JACKSON: Ich bin nicht in der Lage, zuzustimmen oder zu bestreiten und daher will ich dieses Thema derzeit nicht weiter fortsetzen. Ich glaube nicht, dass eine solche Bedingung gestellt wurde, ich habe davon keine Nachricht. Wenn ein derartiges Versprechen gegeben worden ist, wird es natuerlich gehalten werden.

Sie sind nunmehr ueber den Empfang von Kunstgegenstaenden von Monte Cassino gefragt worden. Ich frage Sie, ob es nicht Tatsache ist, dass eine Altarstatue Ihnen gebracht wurde und dass Sie darueber Ihre grosse Wertschaetzung ausdrueckten?

A. Ich bin froh, auch diese Sache aufklaeren zu koennen. Nachdem das Kloster Monte Cassino vollstaendig zerschossen worden war und von einer Fallschirm-Division verteidigt wurde, erschien eines Tages eine Abordnung und brachte eine voellig wertlose, von Kunst-Standpunkt wertlose Figur irgend eines oder einer Heiligen als letzte Erinnerung an dieses zusammengeschossene Kloster.
Ich habe dem Mann gedankt und habe dem Direktor meiner Kunstsammlungen die Sache gezeigt und er betrachtete sie auch ebenfalls als voellig wertlos. Sie blieb dann in dem Kloster und wurde irgendwo abgestellt. Die uebrigen in Monte Cassino.....

VORSITZENDER: Ich glaube, dass wir laut genug hoeren, die Stenotypisten koennen es nicht hoeren.

H0306 - 0057

(Zeuge fortfahrend)

Die uebrigen in Monte Cassino befindlichen Kunstgegenstaende sind nach meiner Kenntnis folgendermassen abtransportiert worden. Ein sehr grosser Teil besonders der Dinge, die dem Abt des Klosters persoenlich gehoerten nach dem Vatikan. Ich muss das daraus entnehmen, dass der Abt des Klosters mir und meiner Division einen persoenlichen allerdings lateinisch geschriebenen ausserordentlichen Dankesbrief fuer diese Aktion uebermittelte. Zum zweiten:

Die Kunstschaetze, soweit ich mich der Lage erinnere, die von den Museen in Neapel dort in Monte Cassino lagen, sind zum allergroessten Teil ebenfalls durch uns nach Venedig geschafft und dort der italienischen Regierung uebergeben worden. Einige wenige Bilder und Statuen sind nach Berlin gebracht worden und wurden mir dort uebergeben. Ich habe dieselben dem Fuehrer bezw. die Liste noch am selben Tage uebergeben und eine Zeit spaeter aus meinem Luftschutzkeller auch diese Gegenstaende, damit er darueber mit Mussolini verhandeln koennte. Ich habe von diesen Gegenstaenden nicht ein einziges fuer meine Sammlung behalten. Haetten meine Truppen nicht eingegriffen, so waeren diese unerhoerten Kunstschaetze, die in Monte Cassino untergebracht waren und die dort dem Kloster selbst gehoerten, durch das Bombardement des Gegners, sprich des amerikanisch-englischen Angreifers restlos vernichtet worden. So sind sie heute vorhanden.

F. Sie sagen, die Statue waere wertlos gewesen.

A. Das kann schon sein.

F. Sie sagen von keinem Wert - keinem wesentlichen Wert?

A. Das ist meine Ueberzeugung heute noch und ich habe mich vor allem auf das Urteil meiner Sachverstaendigen verlassen. Ich habe auch diese Figur nachher deshalb aus dieser Liste herausgenommen. Sie war fuer mich uninteressant; andererseits wollte ich den Maennern, die sie mir gebracht haben, einige Worte der Freundlichkeit sagen.

F. Der Arbeitermangel war bis November 1941 akut geworden, stimmt das?

A. Das ist richtig.

H0306 - 0058

F. Sie selbst erteilten die Richtlinien fuer den Einsatz von russischen Kriegsgefangenen?

A. Wozu?

F. Fuer die Kriegsindustrie, Panzer, Artillerei, Flugzeugteile?

A. Das ist richtig.

F. Das war in der Sitzung vom 7. November 1941, in der Sie diese Weisung erteilten.

A. Was es fuer eine Sitzung war, kann ich nicht sagen. Ich habe nur generell die Weisungen herausgegeben.

F. Und die Weisung lautet, dass russische Kriegsgefangene ausgesucht werden sollten und zwar in den Sammellagern ausserhalb der deutschen Reichsgrenzen und sie sollten so schnell wie moeglich herbeigebracht und nach folgenden Dringlichkeitsstufen verwendet werden: Bergbau, Eisenbahnarbeiten, Kriegsindustrie zur Herstellung von Panzern-, Artillerie- und Flugzeugteilen, Landwirtschaft, Bauindustrie usw. Sie haben diese Weisung erteilt. Ist das richtig?

A: Wenn mein Name daruntersteht, werde ich sie erteilt haben. An Einzelheiten kann ich mich nicht erinnern.

VORSITZENDER: Was hat das Dokument fuer eine Nummer, Mr. Jackson?

F. Ich bat, dass man Ihnen Nummer 1193-PS zeigt.

A. Ich habe es nicht gesehen.

(Dem Zeugen wird das Dokument ausgehaendigt).

Dieses Dokument, das Sie soeben erwaehnt haben, ist das dies, das Sie mir eben gegeben haben?

F. Ich habe die Antwort nicht gehoert.

A. Verzeihung, ich habe eben ein Dokument bekommen ueber den Einsatz von Sowjettruppen, ist das dieses Dokument, von dem Sie eben sprachen?

F. Das ist richtig und ich verweise Sie auf die Tatsache, dass es ein Anhang zu einem Brief ist, den Koerner unterzeichnet hat.

A. Ich mache darauf aufmerksam, dass dieses Dokument nicht von mir unterzeichnet ist, sondern von Koerner, was aber meine Verantwortung nicht abschwaecht.

H0306 - 0059

F. Sie zweifeln nicht daran, dass Sie am 7. November 1941 den Befehl gaben, so wie Koerner hier berichtet, in dem Dokument 1193-PS?

A. Ich habe soeben gesagt, dass das nicht von mir, sondern von Koerner unterschrieben ist und hier sogar von einem noch juengeren Beamten, einem Regierungsrat, sodass ich nur erklaeren wollte, dass dieses mein Ressort ist und ich infolgedessen die Verantwortung trage. Ich habe es noch nicht durchgesehen. Es handelt sich hier um Richtlinien, die ich im allgemeinen gegeben habe und die dann von

H0306 - 0060

der Resortabteilung zweckentsprechend ausgearbeitet worden sind, wobei natuerlich nicht jedes Wort und jeder Satz, so wie er hier steht, etwas von mir angegeben oder diktiert wurde. Das aendert jedoch nichts an der Tatsache, dass ich die Verantwortung dafuer trage, selbst dann, wenn es mir im einzelnen nicht bewusst war oder ich die Formulierung vielleicht anders gefasst haben wuerde. Die allgemeinen Richtlinien sind ja von mir gegeben und darnach von den unteren Behoerden die Ausfuehrung aufgestellt.

F: Und Sie haben auch den Befehl erteilt, dass 100 000 Haenner aus den franzoesischen Kriegsgefangenen entnommen werden sollten, die noch nicht in den Ruestungsbetrieben arbeiteten und dass diese der Ruestungs- und Flugzeugindustrie zuzuteilen seien.Die dadurch im Arbeitseinsatz entstehenden Luecken wuerden durch Sowjetkriegsgefangenen gefuellt werden. Die Verschickung der obengenannten franzoesischen Kriegsgefangenen sollte bis 1. Oktober erledigt sein, Sie haben diesen Befehl gegeben, nicht wahr?

A: Das ist richtig. Hier handelt es sich in der Hauptsache, dass ein grosser Teil der franzoesischen Facharbeiter, die in der Kriegsgefangenschaft waren, in freie Arbeiter umgesetzt werden sollten unter der Bedingung, dass sie in der deutschen Ruestungsindustrie arbeiteten Die hierfuer sich ergebenden Ausfaelle an ihren bisherigen Arbeitsplaetzen, wo sie als Kriegsgefangenen gearbeitet hatten, sollten durch russische Kriegsgefangene ausgefuellt werden, weil ich es fuer unzweckmaessig hielt, dass qualifizierte Facharbeiter der Industrie z.B. auf dem Lande oder im Osten nicht ihren Fachgebieten entsprechenden Arbeit eingesetzt wurden. Somit gab es einen Anreiz dadurch, dass die Leute anstelle von Kriegsgefangenen freie Arbeiter werden konnten, wenn sie auf diese Bedingungen eingingen. Diese Richtlinien sind von mir gegeben.

F: Wussten Sie, dass in Deutschland die Zwangsarbeit angewendet wurde?

H0306-0061

A:"Pflichtarbeit."

F: Haben Sie nicht wie folgt ausgesagt, und zwar bei einem Verhoer am 3. Oktober 1945, " Ich moechte etwas zur letzten Frage des Verhoers hinzufuegen. Der Herr Oberst fragte mich, ob das Zwangsarbeitsprogramm wirksam gewesen war. Ich sagte ja. Zwei Bemerkungen moechte ich hinzufuegen.

" Schoen.

" Ich muss sagen, das Resultat als solches zeigte eine gute Wirkung; aber ein grosse Anzahl von Sabotageakten kam vor und ebenfalls Verrat und Spionage.

"Frage: Im grossen und ganzen wuerden Sie sagen, es war ein erfolgreiches Programm vom deutschen Gesichtspunkt aus gesehen?

"Antwort: Ja, ohne diesen Arbeitseinsatz haetten wir viele Dinge nicht verwirklichen koennen."

F: Haben Sie das gesagt?

A: Das ist selbstverstaendlich, denn ohne Arbeiter kann man keine Arbeit leisten.

VORSITZENDER: Ich glaube, das war keine richtige Antwort auf die Frage. Die Frage war, ob Sie gesagt haben, dass Zwangsarbeit ein Erfolg gewesen sei. Was haben Sie dazu zu sagen? Haben Sie das gesagt?

A: Ich habe ausgefuehrt auf die Frage, ob diese eingesetzten Arbeiter erfolgreich gearbeitet haetten, das ich richtig.

MR. JUSTICE JACKSON: F: Ihnen ist ein Dokument gezeigt worden, das die Nr. 3700-PS traegt und das von Schacht an Sie geschrieben war. Sie haben zugegeben, dass Sie es erhalten haben.

A: Ja, ich erinnere mich.

F: Sie und Schacht waren einmal in gewisser Art Rivalen auf dem Wirtschaftsgebiet, nicht wahr?

A: Ich habe das neulich ja ausgefuehrt in wieweit.

F: Sie wollten, dass im Kriegsfalle sein Posten abgeschafft wuerde und er wollte im Kriegsfalle Ihren Posten abschaffen - Ihren Wirtschaftsposten, nicht wahr?

H0306 – 0062

A: Nicht ganz. Zwei gleiche Autoritaeten oder die gleichen Vollmachten zur gleichen Zeit, zwei Persoenlichkeiten und das war auf die Dauer nicht moeglich und es musste nun ganz einfach festgelegt werden, wer von beiden die Vollmachten allein ausfuehrte, Besonders wuerde das fuer den Fall einer Mobilmachung sehr dringend sein.

F: In Ihrer Aussage am 17. Oktober letzten Jahres haben Sie ueber Ihre Beziehungen zu Schacht bezueglich Ihrer Meinungsverschiedenheite mit ihm das Folgende zu sagen gehabt, nicht wahr? Ich muss betonen, Schacht hat immer versucht, herauszurutschen und hochzurutschen und sich doch einen neuen Posten zu sichern, waehrend die anderen Minister unbedingt zusammenarbeiteten, Haben Sie das gesagt?

A: Nicht so, wie es dort steht, sondern ich wollte betonen, dass im Gegensatz zu anderen Ministern, die meinen Weisungen des Vierjahresplanes ohne weiteres nachkamen, ich mit Schacht ganz andere Schwierigkeiten hatte, die ich hier ja aufgrund seiner Eigenart und starken Persoenlichkeit schon ausfuehrte.

F: Die Frage lautete, ob Sie diese Erklaerung im grossen und ganzen oder in diesen Worten gemacht haben?

A: Nicht in diesem direkten Worten habe ich sie gemacht, aber so, wie ich sie soeben ausfuehrte dem Sinne nach.

F: Koennen Sie sich noch an Schachts Brief an Sie erinnern? 3700-PS?

A: Jawohl, ich habe ihn vor kurzer Zeit gelesen.

F: Und sagte Ihnen nicht Schacht in diesem Brief, ich spreche immer von 3700-PS, das Folgende? "Es mag wohl militaerisch notwendig werden" - wollen Sie es schon, um mitzulesen? -

(Das Dokument wird dem Zeugen ausgehaendigt).

H0306 - 0063

" Es mag militaerisch notwendig sein, dass man die Fuenfzehnjaehrigen aushebt, aber es wird eine schwere Last auf den Kampfwillen des deutschen Volkes sein. Die Tatsachen, so wie das deutsche Volk sie erkennt, sind die folgenden:

1. Das Oroginalversprechen eines kurzen Krieges ist nicht erfuellt worden.

2. Das Versprechen eines schnellen Sieges ueber England durch die Luftflotte ist nicht zur Wahrheit geworden.

3. Die oeffentliche Feststellung, dass Deutschland von feindlichen Luftangriffen frei sein wuerde, ist auch nicht erfuellt worden.

4. Die verschiedenen Bekanntgaben, dass der russische Widerstand absolut gebrochen sei, haben sich als unwahr herausgestellt.

5. Alliierte Waffenlieferungen an Russland und die Menschenreserven sind im Gegenteil genuegend, um ununterbrochen schwere Gegenangriffe gegen unsere Ostfront durchzufuehren.

6. Das uspruengliche siegreiche Fortschreiten in Aegypten ist nach verschiedenen Versuchen zum Stillstand gekommen.

7. Die Landung der Alliierten in Nord - und Westafrika ist als unmoeglich bezeichnet worden und ist trotzdem durchgefuehrt worden.

8. Die ungewoehnlich grosse Schiffstonnagezahl, die fuer diese Landung notwendig war, hat bewiesen, dass unsere U-Boote trotz der grossen Erfolge nicht ausgereicht haben, um diesen Angriff zu verhindern. Ausserdem kann jeder Mensch deutscher Herkunft sehen, dass die Zivilversorgung auch der Truppe usw. zurueckgegangen ist.

Die Aushebung von Fuenfzehnjaehrigen wird die Zweifel erhoehen, die Zweifel hinsichtlich des Abschlusses dieses Krieges.

F: Koennen Sie mir genauer als Sie es getan haben das Datum festlegen, an dem Sie diesen Brief bekommen haben?

A: Ich kann immer nur wieder sagen, dass hier der 3. November steht, dass aber das Jahr fehlt. Wenn mir ein Exemplar gegeben wuerde wo das Jahr darauf steht, koennte ich genau antworten. Ich habe neulich gesagt, ich nehme aus meiner Kenntnis an, dass es sich entweder um den November 1944 oder dem November 1943 handeln muss.

H0306 - 0064

Aber es steht ja hier leider nicht. Ich kann nur sagen, 3. November Das Jahr fehlt.

F: Wissen Sie, wann Schacht ins Konzentrationslager geschickt wurde? Wissen Sie das Datum dieses Ereignisses?

A: Nicht ganz, aber jetzt, wo Sie mich daran erinnern, kann ich sagen, dass dieser Brief 1944 sicherlich nicht geschrieben worden ist, denn im November 1944 glaube ich war Herr Schacht schon im Konzentrationslager; also muss er aus dem November 1943 stammen.

F: Und er wurde ins Konz entrationslager geschickt, kurz nachdem er diesen Brief an Sie geschickt hatte, ist das richtig?

A: Nein, das ist nicht richtig.

F: Wie lange ist er noch auf freiem Fuss geblieben.

A: Der Brief stammt vom 3. November 1943, wie wir eben feststellten. Von der Verhaftung Schachts hoerte ich erst nach dem Attentat auf den Fuehrer und meiner wenige Tage spaeter erfolgten Rueckkehr nach einer laengeren Krankheit, also erst im September 1944. Ein Zusammenhang mit diesem Brief und seiner Verhaftung besteht nicht im geringsten. Als ich mich nach dieser Verhaftung erkundigte, wurde mir einwandfrei gesagt, sie erfolgte in Zusammenhang mit dem 20.Juli 1944.

F: Haben Sie ein Abkommen getroffen und zwar als Oberstkommandierender der Luftwaffe mit dem Reichsfuehrer SS und dem Jugendfuehrer des Deutschen Reiches und dem Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete bezueglich der Aushebung junger Russen, Ukrainer, Weissrussen, Litauer und Tartaren im Alter von 15 - 20 Jahren. Haben Sie mit Himmler und Rosenberg daruber ein Abkommen getroffen?

A: Ob ich persoenlich ein solches Abkommen getroffen habe, glaube ich nicht. Meine Dienststelle durchaus moeglich und wahrscheinlich.

F: Sie haben ausgesagt un d zwar gestern oder vorgestern - ich glaube es war am Freitag - wie folgt: ich will Ihr Gedaechtnis etwas auffrischen - bezueglich der Frage von Beschlagnahmungen.

H0306-0065

Nun betr. Beschlagnahme von Staatseigentum und zwar war nur solches Eigentum konfisziert worden. Soviel ich weiss, ja, ist in dem offiziellen Bericht Privateigentum erwaehnt worden. Soweit der Winter 41/42 infrage kommt, mag es sein, mit Bezug auf Pelze oder vielleicht Pelzschuhe, und dass einige Soldaten Dinge kleinere Gegenstaende den Leuten weggenommen haben; aber im grossen und ganzen ist privates Eigentum nicht vorhanden gewesen und aus diesem Grunde konnte also nicht konfisziert werden! Ich glaube Sie haben noch ferner gesagt, dass Sie niemals bis zur letzten Schraube und Bolzen etwas fortgenommen haben wenn Sie fremde Gebiete besetzt hatten. Koennen Sie sich an diese Aussage erinnern?

A: Sehr genau.

F: Behaupten Sie das jetzt immer noch?

A: Selbstverstaendlich.

F: Ich werde Ihnen jetzt das Dokument EC 317 zeigen lassen. Dies ist eine "Geheime Kommandosache" vom 7. September 1943. Ist das richtig?

(Der Zeuge bekommt das Dokument);

A: Ich habe hier einen Brief vor mir liegen vom 21. Februar 1944

F: Dann haben Sie das falsche Papier, es muss EC 317 sein Seite 3

A: EC 317, Berlin, 21. Februar 1944.

H0306 - 0066

A: Ja, Seite 3.

F: Der Uebermittlungsbrief braucht nicht verlesen zu werden. Ihre "Geheime Kommandosache" traegt das Datum 7. September 1943, nicht wahr?

A: Das ist richtig.

F: Und der Text ist folgender:

"Betreffs der Evakuierung der Ernte und der Zerstoerung der Produktionsmoeglichkeiten auch in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelwirtschaft in den besetzten Ostgebieten. Auf Befehl des Fuehrers gebe ich folgenden Befehl:

In den Gebieten oestlich der Linie, die vom Obersten Kommando festgelegt ist, sind die folgenden Massnahmen unternommen werden, betreffs gemaess der Lage wie sie steht. Die Massnahmen muessen von dem Oberbefehlshaber der Armeegruppe festgelegt werden:

1. Alle landwirtschaftlichen Produkte, Produktionsmittel und Maschinen von Unternehmen, die der Landwirtschaft und Nahrungsmittelwirtschaft dienen, sind wegzutransportieren.

2. Die Fabriken, die der Nahrungsmittelwirtschaft dienen sowohl auf dem Gebiete der Produktion wie auch der Verarbeitung sind zu zerstoeren.

3. Die Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere die Listen und Warenlager usw., die Organisationen, die die Nahrungsmittelwirtschaft ueberwachen koennen, sind zu zerstoeren.

4. Die Bevoelkerung, die sich mit der Landwirtschaft und Nahrungsmittelwirtschaft befasst, ist in die Gebiete westlich der festgesetzten Linie zu transportieren."

Stimmt das?

A: Das ist absolut richtig; darf ich nun dazu folgende Erklaerung abgeben. Es handelt sich hier um rein militaerische Massnahmen bei einem Rueckzug und darf ich zu den 4 Punkten Stellung nehmen. Erstens habe ich neulich betont, dass wir ausserordentlich zahlreiche landwirtschaftliche Betriebsmaschinen nach Russland geschafft haben. Nachdem die Russen vor ihrem Rueckzug damals alles zerstoert haben, hatten wir umso weniger militaerische Veranlassung, unsere dort aufgebauten und hingefuehrten Maschinen und Betriebe ihnen unzerstoert in die Haende fallen zu lassen. Es handelt sich hier um einen militaerisch dringend notwendigen Befehl der bei einem Rueckzug angeordnet worden ist, und der waehrend der gleichen Befol-

H0306 - 0067

gung wie vorher im umgekehrten Sinne durchgefuehrt wurde. Es handelt sich um keinerlei Privateigentum.

F: Und er traegt Ihre Unterschrift?

A: Ja, diese Order traegt meine Unterschrift.

Mr. Justice Jackson: Ich will jetzt ein anderes Thema besprechen, hohes gericht.

Vorsitzender: Jawohl, wir machen eine Pause.

(Pause bis 15.25 Uhr)

F: Ich moechte darum ersuchen, dass dem Zeugen ein Dokument vorgelegt wird, Nr. 3786-PS (U.S.A. 787), von dem bisher keine Ausfertigungen vorhanden sind, da wir es erst in letzter Minute bekommen haben. Ich bitte Sie, dieses Dokument durchzusehen und mir zu sagen, ob Sie sich an die Besprechung erinnern, die in diesem Protokoll erwaehnt ist.

A: Es handelt sich hier scheinbar um einen Bericht ueber eine Lage, die taeglich beim Fuehrer ein- oder zweimal war. Da diese Lage taeglich ein- bis zweimal war, kann ich natuerlich nicht mit keiner Exaktheit, ohne den Bericht gelesen zu haben an die vom 27. Januar 1945, genau oder auch nur annaehernd erinnern, denn eine solche Lage habe ich im Laufe des Krieges unzaehlige Male mitgemacht.

F: Ich verweise Sie auf bestimmte Punkt innerhalb des Protokolls. Das Protokoll deutet an, dass der Fuehrer, Sie, Keitel und Jodl anwesend waren.

A: Das steht hier aufgrund der Besprechungsnotiz.

F: Ich verweise Sie auf Seite 31 und ersuche Sie, mit mir durchzulesen und zu sagen, ob das Ihr Gedaechtnis auffrischt. Dies bezieht sich auf 90 000 in Gefangenschaft befindliche Luftflottenoffiziere und ich zitiere das, was von Ihnen stammen soll.

"Goering: Bei Sagan sind 10 000 gefangene Fliegeroffiziere, die Bewachung ist bei BDE. Bewachungs- und Transportkraefte sollen nicht zur Verfuegung stehen. Es wurde der Gedanke laut, ob man nicht die Gefangenen den sowjetrussischen Bundesgenossen ueberlassen soll. Sie wuerden 10 000 Flieger bekommen.

"Der Fuehrer: Warum transportieren sie sie die nicht fruecher weg? Das ist eine Schlamperei sondergleichen.

H0306 - 0068

"Goering: Das ist der BDE. Wir haben damit nichts zu tun. Ich kann das nur meld

"Der Fuehrer: Die muessen weg, und wenn sie im Dreck zu Fuss marschieren. Da wi der Volkssturm aufgeboten. Wer ausreisst, wird erschossen. Das muss mit allen Mitteln gemacht werden.

"Goering: Das ist aus Sagan, da sind 10 000 Mann.

"Guderian: Im Abtransport ist die 4. Panzerdivision ganz abgerollt, ebenso die 227. Division, von der 32. Division rollt jetzt der Rest. Dann kommt das Genera kommando des III, SS-Panzerkorps in der Nacht von heute zu morgen, und von morg zu uebermorgen die Division "Niederland", die bereits heraus ist. Ebenfalls sin Teile von "Nordland" bereits aus der Front herausgezogen.

"Der Fuehrer: Kriegen sie nun Nachersatz? Ist das schon im Anrollen?

"Guderian: Das hat Flegelein veranlasst. Er ist bereits bestellt, dass sie sofo aufgefrischt werden.

"Der Fuehrer: Es ist ganz klar, die Heeresgruppe Weichsel hat zunaechst ausser dem Korps Nehring der einen Gruppe und dem, was sie an der Weichsel hat, nicht Das muss organisiert werden. Das kommt jetzt erst von hier, zum Teil von Deutsc land. Das muss gemacht werden, trotzdem.

"Goering: Wieviele Viehwagen braucht man fuer 10 000 Maenner?

"Der Fuehrer: Wenn wir sie nach deutschen Begriffen transportieren, brauchen wi fuer 10 000 Maenner mindestens 20 Transprotzuege. Wenn wir sie nach russischen Begriffen transprotieren, brauchen wir 5 oder 3.

"Goering: Hosen und Stiefel ausziehen, sodass sie im Schnee nicht weglaufen koennen."

F: Erinnern Sie sich an diesen Zwischenfall?

A: Ich kann mich an diesen Zwischenfall nur schwach erinnern.

Ich moechte jetzt, nachdem ich die Antwort gegeben habe, eine kurze Erklaerung zu dem Wert dieses Dokumentes abgeben:

Ich habe verstanden, dass dieses Dokument erst gekommen ist. Aber ich bin zu diesem Dokument schon vor Beginn des Prozesses gehoert worden und ich habe schon damals darauf aufmerksam gemacht, dass bei den Mitstenogrammen der Lage zwei Stenographen gleichzeitig schrieben, dass diese Lage oft 4 bis 5 Stunden dauerte und dass deshalb diese Stenographen spaeter immer ausserordentlich ueberarbeitet wer

H0306 – 0069

mussten und dass haeufig bei hohen grossen Anwesenheiten von vielen Herren Fehler in der Uebermittlung vorgekommen sind, dass Aussprachen, die der eine getan hat, im Protokoll ich als Aussprache eines anderen wiedergefunden habe. Ich habe daher damals schon gesagt, dass ich mich an diesen Aussprachen nicht nur nicht erinnern kann, sondern dass ich diese auch nach meiner Ueberzeugung keineswegs getan habe, sondern es handelt sich nur darum um die Bereitstellung der Kraftwagen zum Abtransport.

F: Ich darf wohl sagen, dass sie mit Bezug auf diesen Zwischenfall schon vernommen wurden, aber nicht mit Bezug auf diese Niederschrift.

A: Mit Bezug auf diese Niederschrift und diesen Zwischenfall wurde ausdrueckl betont, dass es sich um ein Stenogramm des Lageberichtes handelt und ich habe mich schon damals im aehnlichen Sinne geaeussert. Es ist mir damals, das ist r tig, nicht vorgelegt worden.

F: Das ist stenographisch vorgelegt worden. Ich verweise Sie auch auf Seite 3 des Berichtes und frage Sie, ob auch das Folgende Ihnen irrtuemlicherweise zug schrieben wurde:

"Goering: Die 10 000 Gefangenen in Sagan soll Obergruppenfuehrer Juetten abtra portieren! Moeglich ist meine Aussprache nicht zu gut.

"Der Fuehrer: Die muessen mit allen Mitteln abtransportiert werden, da muss Ve sturm aufgeboten werden mit den energischen Leuten. Fluchtversuch wird mit Erschiessen geahndet.

"Fegelein: Wir haben einen Mann dafuer, der die KZ's bewacht. Das ist Gruppenfuehrer Gluecks, der muss das machen."

F: Hat sich das so abgespielt?

A: Das weiss ich nicht. Ich habe mich ja schon vorher geaeussert, dass BDE den Abtransport leiten musste und wir damit nichts zu tun hatten. Welche Erorterungen in einzelnen Punkten die anderen Herren gemacht haben und welche Erklaerungen sie waehrend dieses Gespraeches gegeben haben, kann ich hier nicht selbst stattieren oder aussagen. Es ging darum, ob die 10 000 uebergeben oder abtransportiert werden sollten.

F: Jetzt will ich fragen ueber das Bombardement von Warschau. Ist Ihnen bekan dass am 3. Sepyember das Haus des amerikanischen Botschafters, das 17 km ausse halb von Warschau gelegen ist, von der deutschen Luftflotte bombardiert worden

H0306 - 0070

A: Nein, das ist mir nicht bekannt.

F: Ihre Luftflotte hat viele Bilder aufgenommen und zwar von den polnischen Doerfern und Warschau. Benuetzten sie diese zur Verteilung unter der deutschen Bevoelkerung. Ist das richtig?

A: Moeglich. Darum habe ich mich nicht gekuemmert. Dem deutschen Volk hat jedenfalls meine Luftwaffe keine Bilder verteilt. Es ist nur moeglich, dass Bilde die die Luftwaffe angefertigt hat, ueber die Propaganda-Abteilung an deutsche Zeitschriften gekommen sind, das ist moeglich. Aber verteilen in dem Sinne, da die Luftwaffe an das deutsche Volk Bilder gleich Flugblaettern verteilte, ist niemals vorgekommen.

F: Die Luftwaffe hat die Bilder aufgenommen, um ihre Zielsicherheit festzuste len. Sti mt das?

A: Die Luftwaffe nimmt die Bilder auf, bevor man ein Ziel bombardiert und nac dem ein Ziel bombardiert worden ist, wiederum zur Feststellung, ob das Ziel getroffen worden war.

H0306 - 0071

Fr. Ich lasse Ihnen fuenf Bilder und bitte Sie, ob das nicht Aufnahmen sind, die von der Luftwaffe stammen, und war nach dem Angriff auf Polen?

A. Zur ersten Frage, ob die Bilder von der deutschen Luftwaffe gemacht sind, kann ich leider keine possitive Antort geben, weil keinerlei Hinweis darauf gegeben ist, dass diese Bilder von der deutschen Luftwaffe gamacht wurden. Vier Bilder von den 5 sind, wenn Sie dieselben betrachten Schraeg-Aufnahmen, wie sie eigentlich von einer Anhoehe oder von einem Kirchturm aus ehe noch moeglich sind, wie aus dem Flugzeug, wo immer nur Senkrecht-Aufnahmen infolge der eingebauten Apparatur im allgemeinen gemacht werden.

Das Bild das die Zerstoerung von Teilen Warschau anzeigt, koennte rein technisch eher als eine solche Senkrecht-Luftbildaufnahme gewertet werden. Hier fehlt das Datum aber. Keines der Bilder steht dafuer, dass sie von der Luftwaffe stammen.

Nun, zweitens moechteich aber einmal unterstellen, sie wollen von der Luftwaffe stammen, um die weiteren Fragen zu erleichtern.

Fr. Sie wollen unterstellen, dass sie von der Luftwaffe aufgenommen sind?

A. Ja, obwohl ich es bezweifle.

Fr. Ich will nicht, dass Sie irgend etwas hier fotgeben. Sie glauben nicht, dass sie von der Luftwaffe aufgenommen sind? Ich will keinen Gefallen von Ihnen.

A. Ich sagte das in keinerleiweise. Ich kenne Sie nicht, sie sind mir auch nicht als Luftwaffenaufnahmen vorgelegt worden und rein technisch gesehen koennten ie nur in einem Flugzeug mit einem Privatapparat in ausserordentliche Schraegaufnahme gemacht worden sein. Eigentliche Luftbilder, sow wie sie technisch von der Luftwaffe hergestellt werden, das heisst, Senkrecht-Aufnahmen sind sie nicht.

Fr. Wir wollen nicht mehr darueber sprechen, und wollen zu etwas anderem uebergehen. Wir gehen auf PS 638 ueber, darueber Sie schon vernommen worden sind und das Sie auch anerkannt haben. Dies ist das Dokument, das Dr.

H0306 - 0072

Joel unterzeichnet hat. Ich bitte mit mir mitzulesen: Aus den Ausfuehrungen des Reichsmarschalls vom 24. September 42

1.) "Der Reichsmarschal sucht verwegene Burschen, die im Osten als Sonderkommandos eingesetzt werden und hinter den Linien Stoeraufgaben durchfuehren koennen. Zusammensetzung soll in Banden geschehen, die unter Fuehrung stehen und die Dolmetscher zugeteilt erhalten. RM. denkt dabei an Strafgefangene, die einmal gescheitert sind, nicht besonders ehrenruehrige Straftaten begangen haben, bei denen menschliches Verstaendnis fuer die Tat besteht.

"RM. erwaehnte zunaechst wegen Jagdvergehens Bestrafte. Er wisse zwar, dass RFSS die sogen. Wildschuetzen herausgefordert und erhalten habe. Er bittet aber um erneute Ueberpruefung. Es kommen nur Maenner in Frage, die aus Jagdleidenschaft um der Trophaee willen gewildert haben, keinesfalls Schlingen- und Fallensteller. Weiter erwaehnte RM. die passionierten Angehoerigen von Schmugglerbanden, die sich in Feuergefechten an den Grenzen herumschlagen und deren Passion es ist, unter eigenem Lebenseinsatz den Zollschutz zu ueberlisten, nicht aber Maenner, die im D-Zug oder so aehnlich Gegenstaende ueber die Grenze zu bringen suchen.

"Der RM. gibt anheim, zu ueberlegen, ob noch andere Gruppen Strafgefangener diesen Banden- oder Jagdkommandos zugeteilt werden koennen.

"In den Ihnen zugewiesenen Gebieten koennten diese Banden, deren Aufgabe in erster Linie die Vernichtung der Leitungen der Partisanengruppen sein soll, morden, brennen, schaenden, in Deutschland kaemen sie wieder unter strenge Aufsicht.

Unterschrift: Dr. Joel, 24. 9. 42.

Wollen Sie dieses Dokument dem Gericht gegenueber erklaeren?

A. Jawohl, mit der gleichen Erklaerung, die ich damals schon gegeben habe. Die beiden ersten Absaetze zeigen eindeutig und einwandfrei, dass ich nur solche Leute haben wollte, die keinerlei ehrenruehrige Vergehen gemacht haben, sondern in erster Linie Wildschuetze, und zwar auch hier bereits den Unterschied zwischen den Wildschuetzen aus Jagdleidenschaft unddem, der lediglich Diebstahl begehen will. Auch bei den Schmugglern habe ich unterschieden denen, die sich

H0306 -0073

persoenlich einsetzten, eine gewisse Leidenschaft dabei zeigen und jenen, die das auf ehrlose Weise machen. Diese beiden Hauptabsaetze zeigen deutlich, dass ich nicht hier Verbrecher in irgendeiner Form einzusetzen wuenschte und ich habe deshalb den letzten Absatz, auf das schaerfste damasl wiedersprochen, dass ich diesen geaeussert haben koennte. Es handelt sich hier nicht um eine Niederschrift, sondern um eine Notiz eines Beamten, mit dem ich generell ueber diese Dinge sprach. Woher und ob von mir er diese Worte hat, muesste er bezeugen koennen. Sie widersprechen aber, und das betone ich ganz besonders so, meiner Auffassung, in Sonderheit habe ich damals schon erklaert, den Begriff der Schaendung, den ich durchwegs mit der Todesstrafe belegt habe, auch wenn sie gegen Angehoerige der Feindstaaten begangen worden ist, dass ich diese Aeusserung zurueckwies und habe darauf nochmals hingedeutet, dass die Hauptabsaetze in krassem Widerspruch zu der letzten Bemerkung stehen, denn, wenn mir das gleichgueltig gewesen waere, dann haette ich dazu Verbrecher aussuchen koennen.

Zum dritten habe ich ausdruecklich auch oben festgelegt, dass ihre Hauptaufgabe hinter den Linien Stoerungsaufgaben seien. Leitungen zu stoeren, Eisenbahnstrecken zu stoeren und aehnliches. Letztens, und zum vierten ist das Ganze ueberhaupt nicht zustande gekommen.

Fr. Sie erhoben Einspruch gegen das Wort "schaenden", das zuerst mit Vergewaltigung uebersetzt worden war, und das war der einzige Einspruch. Ist das richtig?

A. Nein, das ist so nicht richtig. Ich habe in diesem markanten Begriff, der meiner Rechtsauffassung ganz besonders widersprochen hat von jeher, weil ich kurz nach der Machtergreifung auch im deutschen Strafgesetz Verschaerfungen einfuehren liess. Und an diesem Wort und an diesem Begriff wollte ich zeigen, dass die ganze letzte Sache von mir nicht geaeussert werden konnte. Ich uebernehme absolut und gerne die Verantwortung auch fuer schwerste Dinge die ich getan habe. Diese Aeusserung lehne ich aber ausdruecklich als voellig widersprechend ab.

Fr. Wer hat diese Dokument unterschrieben?

A. Dr. Jodl

H0306 - 0074

Fr. Kannten Sie ihn?

A. Ich kannte ihn fluechtig. Ich habe ihn bei dieser Besprechung gesehen.

Fr. Er war bei dieser Besprechung dabei?

A. Ich habe ihn ja kommen lassen, um ihm zu sagen, dass ich diese Art Leute wuensche.

Fr. Sie beschaeftigten sich mit Wirtschaftsfragen in den verschiedenen besetzten Laendern durch Reichskommissare, ist das richtig?

A. Ich aeusserte neulich, dassdie verschiedensten Stellen auch die Reichskommissare waren angewiesen meinen wirtschaftlichen Richtlinien und Weisungen zu folgen.

Fr. Und hatten Ihnen ueber Wirtschaftsfragen Meldung zu erstatten?

A. Nicht ueber alle, nur in soweit, als sie meine Richtlinien betroffen haben.

Fr. Wer war ihr Reichskommissar in Polen?

A. Reichskommissar in Polen gab es keinen. In Polen gab es den Generalgouverneur, das war Dr. Frank.

Fr. Wer war Reichskommissar fuer Holland?

A. Reichskommissar fuer Holland war Dr. Seyss-Inquart.

Fr. Und wer war Reichskommissar in Norwegen ?

A. In Norwegen war Reichskommissar der Gauleiter Terboven.

Fr. Terboven, und war auch ebenfalls Gauleiter, wie Sie sagen?

A. Er war Gauleiter in Essen.

Fr. Sie haben ihn fuer Norwegen ernannt, oder ernennen lassen?

H0306 - 0075

A. Ich habe ihn weder fuer Norwegen ernannt, das stand mir nicht zu, noch habe ich ihn ernennen lassen. Ich habe seine Ernennung in keiner Weise allerdings widersprochen und hielt ihn auch fuer einen der geeigneten Leute, die fuer Reichskommissare in Frage kommen.

Fr. Und er befand sich dort von 1940 - 1945?

A. Ich glaube, das ist richtig.

Fr. Ich lasse Ihnen nunmehr Dokument R 134 zeigen. Es ist ein Brief von Terboven an Sie. Dies ist ein Brief vom 1. Mai 1942, ist das richtig?

A. Das Datum habe ich gesehen, jawohl.

Fr. Und darin steht, der folgende Bericht, der an Sie, den Reichsmarschall "Hochwohlgeborenen Reichsmarschall" gerichtet ist. Ist das richtig?

A. Ja.

Fr. In dem ich den ersten Paragraphen auslasse, vorausgesetzt, dass Sie ihn nicht lesen wollen.

"Vor einigen Tagen haben wir auf einer Insel westlich von Bergen einen vom Secret Service ausgebildeten, norwegischen.Sabotagetrupp ausgehoben und sind dabei auf ein umfangreiches Lager zum Teil neuartigster Sabotage-Mittel gestossen, unter denen sich wahrscheinlich auch Gift und Bazillen befinden und die, soweit sie unbekannt sind, heute dem Reichssicherheitshauptamt zur naeheren Untersuchung ueberstellt wurden.

Neben andern Aufgaben hatte dieser Sabotage-Trupp wie aus vorgefundenen schriftlichen Anweisungen hervorgeht, auch die, mit den, in einem Exemplar beigefuegten, Sprengkoerpern auf Sola und Herdla mit der Sabotagearbeit zu beginnen. Da anzunehmen ist, dass ein aehnliches Vorgehen auf Flugplaetzen der uebrigen europaeischen Kueste in Gang ist, und in der Voraussetzung, dass es sich hier tatsaechlich um ein bislang unbekanntes Sabotagemittel handelt, uebermittle ich es Ihnen auf dem schnellsten Wege, um Gelegenheit zu geben, eine entsprechende Warnungsweisung heranzugeben. Im Kampf gegen den Sabotagetrupp sind leider zwei

H0306 - 0076

besonders bewaehrte Beamte der Sicherheitspolizei gefallen. Wir haben sie gestern morgen um 10 Uhr auf dem Ehrenfriedhof in Bergen beigesetzt. Am gleichen Tag und zur gleichen Stunde sind auf meinen Befehl 18 Norweger erschossen worden, die einige Zeit vorher bei dem Versuch, illegal nach England zu fahren, gefangengenommen wurden.
Ebenso ist am gleichen Tage die gesamte Ortschaft, die dem Sabotagetrupp Unterschlupf gewaehrt hat, niedergebrannt und die Bevoelkerung deportiert worden. Saemtliche Maenner werden, ohne dass ihre Angehoerigen ueber ihr Schicksal eine Mitteilung bekommen, einem deutschen Konzentrationslager ueberwiesen, die Frauen einem weiblichen Zwangsarbeiterlager in Norwegen und die nicht arbeitsfaehigen Kinder kommen in ein Kinderheim. Heil Hitler, Ihr sehr ergebener gez. Terboven. "

Stimmt das?

A. Das steht in diesem Brief, der mir als Abschrift vorgelegt ist.

Fr. Herr Terboven behielt seinen Posten, nachdem er diese Meldung gemacht hat bis 1945. Ist das richtig?

A. Das ist richtig.

Fr. In gleichem Jahre 1942, etwas spaeter benuetzten Sie aehnliche Methoden wie Terboven. Stimmt das?

Fr. Nun, Sie bedienten sich spaeter im gleichen Jahre der gleichen Methoden, die Terboven hier angewandt hatte?

A. Ich, wo?

Fr. Ich werde Ihnen jetzt Dokument Nr. 1742 PS unterbreiten lassen. Hier handelt es sich um eine Verordnung vom 26. Oktober 1942, Unterschrift Goering. Ich bitte Sie mit mir mitzulesen. "Bei der Durchfuehrung der durch den Fuehrer angeordneten verstaerkten Bekaempfung der Bandentaetigkeit und Saeuberung, insonderheit des rueckwaertigen Gebietes der Heeresgruppe Mitte, bitte ich, dass nachstehende Gesichtspunkte beruecksichtigt werden, bzw. die die sich daraus ergebenden Folgerungen zur Durchfuehrung gelangen.

H0306 - 0077

1.) Bei der Bekaempfung der Bandengruppen und der Durchkaemmung der von ihnen verseuchten Raeume sind gleichzeitig saemtliche dort vorhandenen Viehbestaende in gesicherte Gebiete abzutreiben, desgleichen die Lebensmittelvorraete so wegzuschaffen, und zu sichern, dass sie den Banden nicht mehr zugaenglich sind.

H0306 -0078

2.) Saemtliche maennlichen und weiblichen Arbeitskraefte, die irgendwie fuer einen Arbeitseinsatz in Frage kommen, sind zwangsmaessig zu erfassen und dem Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz zuzufuehren zur Verwendung in den rueckwaertigen gesicherten Gebieten oder in der Heimat. Die Unterbringung der Kinder ist in rueckwaertigen Lagern gesondert zu regeln. "Ist das richtig?

A: Absolut. Es handelt sich hier um die Bandengebiete und es konnte kein Mensch von mir verlangen, Vieh und Lebensmittelbestaende zur deren Verfuegung zu lassen. Auch mussten die Bevoelkerung, die immer wieder erneut von den Banden zu Bandendienst und Aufruhr gegen uns eingesetzt wurde, in gesicherte Gebiete zurueckgefuehrt und dort zunaechst dem Arbeitseinsatz zugefuehrt werden. Ich moechte hier betonen, dass dies hier eine absolute Lebensnotwendigkeit fuer die Sicherheit der Kaempfenden Truppe war. Aber ich darf nochmals betonen, dass Sie sagten, ich habe dasselbe angeordnet, was Sie in dem Brief Terboven vorgelesen haben. Ich habe hier kein Niederbrennen von Doerfern und kein Erschiessen von Geiseln angeordnet. Es handelt sich hier um grundsaetzlich etwas anderes.

Fr: Sie haben nur die Maenner und die Frauen und Kinder verhaften lassen und haben sie wegtransportiert. Darauf habe ich Bezug genommen. Im Mai 1944 waren Ihre Verluste in Flugzeugen und Flugpersonal sehr schwer geworden.

A: Ja.

Fr: Am 19. Mai 1944 hatten Sie eine Besprechung in Ihrem Buero ueber das Thema: Kampfflugzeuge und Verluste von Flugzeugpersonal.

Stimmt das?

A: Ja.

Fr: Sie haben das Protokoll dieser Sitzung schon gesehen und haben es schon bestaetigt in Ihrem Verhoer.

A: Es ist kein Protokoll dieser Sitzung. Es ist eine ganz kurze und knappe Zusammenfassung eines Offiziers ueber eine zeitaegige Sitzung in wenigen Saetzen.

H0306-0079

Fr: Ich werde Ihnen Dokument L 166 unterbreiten lassen. Es traegt die Ueberschrift : Geheime Kommandosache "Hochgeheim" stimmt das ?

A: Das ist alles richtig.

Fr: Es hat auch die Ueberschrift: Protokoll einer Besprechung ueber Kampfflugzeuge mit dem Reichsmarschall am 15. und 16.Mai 1944. Stimmt das ?

A: Nein, es heisst Aktennotiz ueber eine Jaegerbesprechung beim Reichsmarschall am 15. und 16. Mai 1944.

Fr: Sie uebersetzen das Aktennotiz ?

A: Aktennotiz steht hier, das ist ja das Original. Notiz einer Jaegerbesprechung ueber zwei Tage.

Fr: Zuerst beschrieb General Galland im Einzelnen die Situation des Jaegerpersonals betreffend - das fand doch statt, nicht wahr - und er besprach die Verluste.

A: Jawohl.

Fr: Sie sprachen ueber die Verluste ?

A: Das stimmt.

Fr: Und dann sprach er in dem 2ten Punkt ueber die Hilfsmassnahmen, die unternommen werden sollten.

A: Nach dieser Aktennotiz ja, aber dass das aktuell war, kann ich nicht sagen.

Fr: Diese Konferenz hat stattgefunden, nicht wahr ?

A: Absolut, 2 Tage.

Fr: Und unter dem 3. Punkt machte General Galland dann Vorschlaege, stimmt das ?

A: Jawohl.

Fr: Und dann nach laengerer Diskussion sprach General Schmidt und gab gewisse Vorschlaege Nr. 12 und 13. Stimmt das ?

A: Es wird so gewesen sein. Nach dieser Aktennotiz steht es jedenfalls darin.

Fr: Und Sie ordneten eine Konferenz zwischen dem Chef des Generalstabs und den Chef der Artillerie an und zwar so schnell wie moeglich. Stimmt das ?

A: Ja.

H0306-0080

F: General Schmidt's Vorschlaege und Wuensche stehen im Paragraph 14, 15, 16, 17 und 18.

A: Ja.

F: Und dann haben Sie sich entschlossen, der Reichsmarschall hat sich entschlossen, dass nur 3 Gruppen der Kampfschwadron im Reich bleiben koennen, indem man die kampffachigen Jaeger zuzuicht. Ist das richtig ?

A: ja.

F: Und dann kommen wir zu Paragraph 19.

"Der Reichsmarschall wuenscht die Ausprobierung der Verteigungs- und Sprengungsmassnahmen bei Tiefflugangriffen auf Flugfelder, die schwere Verluste an Personal und Material zur Folge hatten."Paragraph 19, das kam vor, stimmt das ?

A: Ja.

F: Und Paragraph 20 hat den Inhalt:

"Der Reichsmarschall wird dem Fuehrer vorschlagen, dass amerikanische und englische Mannschaften, die ohne zu unterscheiden auf Staedte schiessen, auf in Fahrt befindliche Zivilzuege, oder auf abspringende Soldaten, sofort am Tatort zu erschiessen seien". Habe ich das richtig verlesen ?

A: So steht das hier und ich habe sofort damals dagegen Einspruch erhoben, dass das nicht richtig ist. Aus dem ganzen Zusammenhang dieser Aktennotiz 1921 findet diese Stelle ueberhaupt keinen Zusammenhang. Darueber hinaus ist auch der Ausdruck: "An Fallschirm haengende Soldaten, vollkommen irrefuehrend und nicht gelaeufig. Ich habe mir lange das ueberlegt, wie dieses ueberhaupt in die Notiz, die ich nie gesehen habe und die zusammenfassend ueber zwei Tage angefertigt wurde, hineingekommen sein kann und finde daraus nur die Erklaerung, dass ich darauf hinwies, wie sich das aus dem anderen Beweismaterial ergibt, dass um diese Zeit der Fuehrer in dieser Richtung Anweisung gegeben hat, und dass es sich hier um einen Irrtum unter allen Umstaenden handeln muss, nicht dergestalt, dass der Reichsmarschall will dem Fuehrer vorschlagen, sondern dass ich

H0306 - 0081

angedeutet haben koennte, dass der Fuehrer eine derartige Absicht hat. Darueber muesste aber der Ausfertiger dieser Aktennotiz gefragt werden. Es befindet sich kein anderer Punkt in dieser ganzen Aktennotiz, der darauf Bezug nimmt. Schon der naechste sagt schon etwas total anderes. Waehrend sonst die ganze Sache im Zusammenhang steht, platzt dieser Punkt aus dem Zusammenhang heraus.

F: In all den Notizen von den 2 Tagen sagen Sie, das ist das Einzige, wo der Fehler drinnsteckt. Jetzt will ich Ihnen Dokument Nr. 731 PS, zeigen lassen; die Besprechung, ueber die ich gerade die Aktennotiz verlesen habe, hatte eine Woche spaeter eine Fortsetzung durch den Befehl 731 PS, stimmt das ?

Die Notiz 731 PS, worin das Folgende steht:

"Der Fuehrer hat ueber Massnahmen gegenueber englisch-amerikanischen Flugzeugbesatzungen in Sonderfaellen entschieden:

Abgeschossene feindliche Flieger sind ohne Standgericht zu erschiessen, in folgenden Faellen:

DER VORSITZENDE: Herr Richter Jackson, sollten Sie nicht einen Paragraphen verlesen, der 4 Zeilen darueber steht, nach dem Bericht des Reichsmarschalls ?

MR. JUSTICE JACKSON: Ich habe das nicht getan, aber vielleicht haette ich das tun sollen. Vielleicht sollte das Ganze verlesen werden:

Der Chef des Kommandostabes, der Wehrmachtschef, West:

Bitte, lassen Sie einen Befehl entwerfen.

A.: Warlimont, K. : Keitel

Hilfschef des Kommandostabes der Wehrmacht. Muss zum Reichsfuehrer SS gehen.

Nach einem Bericht des Reichsmarschalls hat General Korten die folgende Erklaerung abgegeben: Aktennotiz.

Ich glaube die naechste Zeile ist nicht im Original

"Der Fuehrer hat ueber Massnahmen gegenueber englisch-amerikaschen Flugzeugbesatzungen in Sonderfaellen entschieden:

Abgeschossene feindliche Flieger sind ohne Standgericht zu erschiessen, in folgenden Faellen:

1) Bei Beschuss von am Fallschirm haengenden eigenen, d.h.deut-

H0306 - 0082

schen Flugzeugbesatzungen,

2) bei Bordwaffenangriff notgelandeter deutscher Flugzeuge, in deren unmittelbarer Nahe sich Angehoerige der Besatzung befinden,

3) bei Angriff auf Eisenbahnzuege des oeffentlichen Verkehrs,

4) bei Bordwaffentiefangriffen auf einzelne Zivilpersonen, Bauern, Arbeiter, Einzelfahrzeuge usw."

Nun, darunter steht eine Niederschrift: Im Fall bei Bordwaffentiefangriff auf einzelne Personen, Zivilisten, Einzelfahrzeuge usw.

Ist das eine Notiz ?

A: Bei mir, bei Bordwaffentiefangriff, ist etwas ausgestrichen und es stehen zwei Worte, die ich nicht lesen kann, darueber.

An: Einzelflugzeug , ist das Wort: zivil, gesetzt, und zu Punkt 2 steht: Das halte ich fuer bedenklich, denn die Zerstoerung eines notgelandeten Flugzeuges kann man nicht als Gangstermethode bezeichnen, sondern entspricht durchaus dem strengen Mass-Stab einer gestatteten Kriegfuehrung. Es handelt sich hier um den gesamten Komplex, der in diesen Tagen oder in diesen Wochen und von dem neulich schon auch der Zeuge Prauchitsch berichtet hat.

F: Und diese Bemerkung, die sich um die Notlandung dreht, ist mit dem Buchstaben J. unterzeichnet, der Jodl bedeutet ?

A: Sicherlich.

F: Ich glaube, das ist alles, was ich zu fragen habe. Es sind eine Reihe von Dokumenten vorhanden, die in dieser Verbindung hiermit unterbreitet werden muessen und ich glaube, es waere am besten, wenn wir diese listenmaessig zusammenstellen und heute abend fertigmachen und sie morgen unterbreiten.

DER VORSITZENDE: Jawohl, Herr Richter Jackson, Sie legen sie alle zusammen vor.

SIR DAVID MAXWELL FYFE (das Kreuzverhoer beginnend):

F: Ich will Sie zuerst befragen und zwar ueber den Mord der englischen Fliegeroffiziere, die aus Stalag, Luft III entkommen sind. Koennen Sie sich daran erinnern, dass Sie in Ihrer direkten Aussage erklaert haben, dass Sie von diesem Zwischenfall genauestens

H0306 – 0083

Kenntnis hatten. Koennen Sie sich erinern, dass Sie das gesagt haben ?

A: Nein, dass ich genaue Kenntnis bekommen habe, nicht, dass ich hatte, sondern bekommen habe.

F: Dann will ich Ihnen Ihre eigenen Worte zitieren:

" Ich kenne diesen Vorfall ganz genau bis ins Einzelnste. Es wurde mir ungluecklicherweise erst spaeter unterbreitet. "

Das haben Sie vor einigen Tagen doch gesagt. Stimmt das ?

A: Ja, so meinte ich das, dass ich den Vorfall genau kenne, aber ihn erst zwei Tage spaeter erfahren habe.

F: Sie haben dem Gericht erklaert, dass Sie sich auf Urlaub befunden hatten zur Zeit des Vorfalles, im letzten Drittel des Maerz 1944. Stimmt das ?

A: Jawohl, ich habe mich, soweit ich mich genau erinnern kann, habe ich mich im Maerz ueber auf Urlaub befunden, bis wenige Tage vor Ostern.

F: Sie sagen,"wie ich beweisen kann, "Ich moechte, dass Sie dem Gericht die Daten Ihres Urlaubes nennen.

A: Ich sage noch einmal, dass der ganze Maerz nach meiner bestimmten Erinnerung dazu gehoert und als Beweis wollte ich die Personen anfuehren, die mit mir waehrend dieses Urlaubs zusammen waren.

F: Nun, was ich wissen will, wo befanden Sie sich auf Urlaub ?

A: Hier, in der Nahe von Nuernberg.

F: Sie waren also telefonisch leicht zu erreichen von dem Luftfahrtministerium oder von Breslau, wenn man Sie gewuenscht hatte ?

A: Wenn man mich gewuenscht hatte, waere ich telefonisch zu erreichen gewesen.

F: Jetzt bitte ich um Ihre Hilfe mit Bezug auf ein oder zwei andere Daten, die Sie erwaehnt haben. Sie sagen: Ich habe ein oder zwei Tage spaeter ueber diese Flucht etwas vernommen.

H0306 - 0084

Verstehen Sie, Herr Zeuge, es handelt sich hier um die Flucht, ueber die ich Sie befrage und nicht ueber das Erschiessen. Darueber reden wir jetzt nicht, ist Ihnen das klar ?

A: Das ist mir klar.

F: Wollten Sie damit sagen, dass Sie - ueber die aktuelle Flucht, nachdem sie ausgefuehrt worden war, hoerten ?

A: Ja.

F: Haben Sie daruebar auf dem Dienstwege durch Ihren Adjutanten gehoert oder durch Ihren Operationsleiter ?

A: Ich habe diese Sachen immer durch meinen Adjutanten gehoert. Es scheinen ja mehrere Ausbrueche vorausgegangen zu sein.

F: Richtig, da waren verschiedene Ausbrueche aus diesem Lager ?

A : Ob aus diesem Lager, kann ich nicht genau sagen. Es waren kurz vorher mehrere Ausbrueche gewesen, die ich immer nur auf dem Wege ueber die Adutantur gehoert habe.

F : Und jetzt wuensche ich, dass Sie dem Gericht sagen und zwar ein anderes Datum nennen. Sie sagen, bei Ihrer Rueckkehr vom Urlaub haette sich der Stabschef mit Ihnen in Verbindung gesetzt. Wer war der Stabschef ?

A : General Korten war damals Stabschef.

F : Koennen Sie uns sagen, an welchem Tag er Bericht erstattete ?

A : Nein, das kann ich Ihnen nicht genau sagen, ueber diesen Vorfall habe ich mit dem Chef meines Stabes, glaube ich, spaeter gesprochen, wie ich Ihn schon vorher von anderer Seite gehoert hatte.

F : Wer hat Ihnen als Erster darueber eryaehlt. Sie sagen, Ihr Stabschef haette Ihnen ueber die Erschiessung erzaehlt. Wollen Sie sagen, dass Ihnen jemand anders etwas ueber die Erschiessung gesagt hat ?

A : Das kann ich jetzt nicht genau sagen, ob ich die Erschiessung vom Chef des Stabes oder von anderer Seite erfahren habe. Aber jedenfalls habe ich dann mit dem Chef des Stabes darueber gesprochen ueber diese Tatsache.

F : Wann haben Sie darueber mit Ihrem Stabschef gesprochen ?

A : Das kann ich Ihnen aus dem Gedaechtnis auf den Tag und das Datum nicht sagen, aber, es muss um die Osterzeit gewesen sein.

F : Das waere ungefaehr Ende Maerz, nicht wahr ?

A : Nein, es kann auch Anfang April gewesen sein, die erste Haelfte April.

F : Und dann sprachen Sie mit Himmler, wie Sie uns gesagt haben ?

H0306 - 0085

H0306 - 0086

A : Mit Himmler habe ich darueber gesprochen.

F : Koennen Sie das naeher festsetzen ?

A : Auf den Tag kann ich das natuerlich nicht festsetzen. Ich habe Himmler gesehen und bei der ersten Gelegenheit, nachdem ich von dem Vorfall erfahren hatte, ihn darauf angesprochen,

F : Mit anderen Worten, Sie koennen dieses Datum, die Beziehung zwischen Ihrer Rueckkehrt vom Urlaub und die Besprechung mit Ihrem Stabschef, nicht genau niederlegen ?

A : Das ist ohne jede Unterlage heute fuer mich, auf den Tag, wie gesagt, unmoeglich. Ich kann Ihnen nur den ungefaehren Zeitabschnitt nennen, und das habe ich getan.

F : Sie haben vor ein paar Tagen die Erklaerung abgegeben, dass Sie beweisen koennten, wann Sie auf Urlaub waren. Soll ich jetzt annehmen, dass Sie sich nicht darum inzwischen gekuemmert haben, wann Sie auf Urlaub waren ?

A : Ich habe Ihnen ja bereits gesagt, dass ich im Maerz auf Urlaub war. Ob ich nun den 26. oder 28. oder 29. Maerz zurueckgekommen bin, das kann ich Ihnen nicht sagen und dazu muesste man, zum Beweise, meine Begleitung fragen, die vielleicht dieses Datum genau fixieren koennte. Ich weiss nur die Tatsache, dass ich im Maerz auf Urlaub war. Wir wuerden zweckmaessiger davon ausgehen, wenn Sie mir sagen wuerden, ich habe das nicht im Kopf, wann Ostern in diesem Jahr gewesen ist, dann kann ich leichter auf dieses Datum kommen.

F : Herr Zeuge, waere es wohl Ihnen gegenueber fair, wenn ich das letzte der von Ihnen genannten Daten nehme, den 29. Maerz, um auch davon auszugehen ?

A : Es waere mir recht, wenn Sie mir sagen koennten, wann Ostern in diesem Jahre gewesen ist, da ich weiss, dass ich einige Tage vor Ostern nach Berchtesgaden zurueck bin, um das Fest mit meiner Familie zu begehen.

F : Einige Tage vor Ostern sind Sie nach Berchtesgaden mit anderen Worten, Sie kamen vom Urlaub zurueck, bevor Sie nach Berchtesgaden gingen ?

A : In Berchtesgaden war damals gleichzeitig das Hauptquartier vom Fuehrer. Ich kam also vom Urlaub nach Berchtesgaden und damit endete mein Urlaub, weil ich mich wieder in die Geschaefte einschaltete. Die Rueckkehr, also nach Berchtesgaden, muessen Sie gleichsetzen mit der Beendigung meines Urlaubes.

F : Ich kann Ihnen so aus dem Handgelank nicht das Osterdatum nennen. Pfingsten war am 28. Mai, also Ostern waere ungefaehr 5. April. Ihr Urlaub war also Ende Maerz, sagen wir vielleicht 26. oder 29. Maerz zu Ende. Nun, diese Erschiéssung dieser Offiziere ereignete sich vom 25. Maerz bis zum 13. April Wissen Sie das ?

A : Das weiss ich so exat nicht.

F : Sie koennen mir das dann glauben, denn ein offizieller Bericht liegt ueber diese Erschiessung vor und ich will absolut fair Ihnen gegenueber sein. 49 Offiziere wurden anverschiedenen Tagen erschossen, einige am 6. April, einer am 13. April, oder spaeter, jedoch die kritische Periode ist Ende Maery und wir duerfen annehmen, dass Sie dann schon am 29. Maerz von Ihrem Urlaub zurueck waren.
Jetzt moechte ich gerne, dass Sie dem Gericht sagen; das war doch eine sehr wichtige Angelegenheit, ein sehr wichtiges Vorkommnis.

A : Eine hoechst wichtige Angelegenheit.

F : Feldmarschall Milch hat die Erklaerung abgegeben, dass es eine Angelegenheit war, die die hoechsten Stellen interessierte und Sie sagten, Sie wussten, dass Hitler gewuenscht hatte, dass diese Offiziere erschossen wuerden. Stimmt das ?

H0306 - 0087

H0306 - 0088

A : Die Frage ist hier nicht klar durchgekommen. Ich wuesste was ?

F : Es war Hitlers Entschluss, dass diese Offiziere erschossen werden sollten ?

A : Das ist richtig, das habe ich als solches spaeter erfahren, dass es sein Befehl war.

F : Jetzt moechte ich noch, dass Sie eine Einzelheit noch im Auge behalten. Sofort, naahdem es bekannt geworden war, hat der britische Aussenminister, Herr Eden, sfort erklaert, dass England ein Gericht fuer die Moerder fordern wuerde.

A : An die Unterredung oder an die Unterhausansprache von Mr. Eden kann ich mich nicht erinnern. Ich kenne selbst den Inhalt nicht, bis heute nicht. Ich habe nur gehoert, dass er im Parlament ueber diesen Vorfall gesprochen hat.

F : Jetzt sagen Sie bitte dem Gericht, wer die Personen in Ihrem Ministerium sind, die in die Sache verwickelt waren. Einen Augenblick, ich werde sie Ihnen nennen und, wenn Sie damit nicht einverstanden sind, dann korrigieren Sie mich :

Der Kommandant von Stalag Luft III, war Oberst von Lindeiner, von Ihrer Gruppe. Stimmt das ?

A : Das ist durchaus moeglich. Im Einzelnen kannte ich die Kommandanten ja nicht. Gegen diese ist ein Kriegsgericht gemacht worden und zwar, weil der Ausbruch moeglich war. Er hatte aber nichts mit den Erschiessungen zu tun.

F : Nein, aber er war der Kommandant des Lagers und Sie hatten wahrscheinlich die Massnahmen des Zentralluftwaffengerichtes zu revidieren, da er wegen Pflichtvernachlaessigung fuer ein Jahr ins Gefaengnis kam. Das wurde Ihnen doch vorgelegt nicht wahr ?

A : Nein, erst bei hoeheren Strafen. Ein Jahr Gefaengnis wurde mir nicht vorgelegt, aber ich weiss und moechte das bestaetigen, dass ein Gerichtsverfahren wegen Vernachlaessigung

H0306 - 0089

seiner Pflicht, bei dem Ausbruch , gegen ihn gemacht worden ist.

F : Im Mai 1943 ist das Inspektorat Nr. 17 eingeschaltet worden, zwischen der Luftwaffe und der Abteilung des OKW des Kriegsgefangenenwesens. Wissen Sie das ?

A : Die Einzelheiten darueber kenne ich nicht, ueber Inspektorate, in wie weit es das Kriegsgefangenenwesen des OKW betrifft und, wie es sonst war.

F : Ich will Sie nur an Ihre eigenen Offiziere erinnern. Sie wissen, Herr Zeuge, dass Ihre eigenen Offiziere in diese Angelegenheit verwickelt waren. Ich will Sie nur daran erinnern, wer sie waren. Das Haupt des Inspektorats war Generalmajor Grosch von der Luftwaffe, stimmt das ?

A : Generalmajor Grosch ist von der Luftwaffen.

F : Sie haben dem Gericht vor einigen Tagen erklaert und ich habe Sie zitiert, dass Sie wussten, aus Informationen, die hinzu/gekommen waren, dass Sie den Vorfall genau kannten und Sie sagen jetzt, dass Sie nicht genau wissen, dass Grosch der Leiter des Generalinspektorats 17 der Luftwaffe war ?

A : Das hat ja damit gar nichts zu tun. Ich habe dem Gericht gesagt, dass ich den Vorfall ueber die Erschiessung der Flieger, nachher ganz genau erfahren habe, aber das hat ja mit Grosch und seinem Inspektorat nichts zu tun, denn dieser war ja bei der Erschiessung nicht beteiligt.

F : Ich werde Ihnen die Beteiligung oder die Verbindung in einer Minute klar machen. Wollen Sie bitte meine Fragen beantworten :

Stand unter Grosch, Oberst Welder ? Koennen Sie sich daran erinnern ?

A : Die Einzelheiten der Organisation der Gefangeneninspektion und ihrer Fuehrer, wie sie besetzt waren, kenne ich nicht. Jedenfalls nicht auswendig. Ich moechte noch einmal betonen, dass hier keine Verwechslung eintritt, als ich sagte, ich kenne die Sache genau, so meine ich damit, dass ich die Tatsache, wie derBefehl zustande gekommen ist, und dass die Leute erschossen worden sind, dass ich das genau erfahren habe, aber die Zusammenhaenge

meinte ich damit nicht, mit den einzelnen Inspektoraten, Fluchtmoeglichkeiten usw.

F : Hat General Grosch, als der Fuehrer des Inspektorats 17, an General Foerster, Ihrem Direktor der Operation im Luftfahrtministerium Bericht zu erstatten ?

A : Das kann ich Ihnen, ohne dass ich das Diagramm hier habe, nicht sagen. General Foerster war zu dieser Zeit, glaube ich, Chef der Luftwehr, oder eine aehnliche Bezeichnung, im Ministerium. Ich habe mich an sich um diese Dinge weniger gekuemmert, weil sie nicht unbedingt taktischer, strategischer oder ruestungsmaessiger Art waren. Aber es ist durchaus moeglich, und sicher, dass er mministeriell dieser Abteilung unterstand.

F : Dann will ich Ihnen es ganz kurz fassen und, wenn Sie es nicht wissen, dann lasse ich es fort. Wissen Sie, dass Generalmajor von Graevenitz der Fuehrer der Abteilung des Angeklagten Keitel war, des Kriegsgefangenenwesens ?

A : General Graevenitz und seinen Namen, das habe ich erst hier erfahren, denn diese Abteilung hatte ja keine direkte Beruehrung mit mir. Ich kann ja nicht alle militaerischen Unterfuehrer in ihren hunderten und tausenden Abteilungen kennen.

F : Ich nehme also an, dass Sie auch General Westhoff, frueher Oberst Westhoff, nicht kannten, der an der Spitze der Abteilung Graevenitz stand ?

A : Westhoff habe ich ueberhaupt nicht gesehen. Er gehoerte auch nicht der Luftwaffe an.

F : Ich sagte ja nicht, dass von Graevenitz und Westhoff der Luftwaffe angehoert haben, ich will das klar machen, ich habe gesagt, dass Sie wahrscheinlich - - -

A : Ich kannte sie beide nicht, und kannte auch ihre Dienststellung nicht.

F : Bis zu diesem Zeitpunkt hatten Sie noch immer einen recht bedeutenden Einfluss im Reich, stimmt das ?

H0306 - 0090

A : Zu diesem Zeitpunkt nicht mehr. Es handelt sich um die Zeitpunkt 1944- durchaus nicht mehr.

F : Ja, aber Sie waren noch immer der Fuehrer der Luft - waffe und des Luftfahrtministeriums, nicht wahr ?

A : Das war ich.

F : Und als Fuehrer der Luftwaffe und des Luftfahrtministeriums waren Sie doch verantwortlich fuer 6 Kriegsgefangenenlager fuer die gesamte Kriegszeit bis dann ? Stimmt da s ?

A : Wie viel Kriegsgefangenenlager es waren, weiss ich nicht. Aber fuer die, die dem Ministerium unterstellt waren, trage ich die Verantwortung.

F : Von der Luftwaffe ?

A : Ja, die der Luftwaffe unterstanden.

F : Sie wussten von den allgemeinen Plaenen ueber die Behandlung von Kriegsgefangenen, die als die Aktion " Kugel " hier vorliegt.

A : Nein, von dieser Aktion wusste ich nichts, es ist mir nichts vavon mitgeteilt worden.

F : Sie haben niemals gehoert, dass es die Aktion " Kugel " gab ?

A : Die Aktion " Kugel " habe ich erst hier, das Dokument zum ersten Mal gesehen und auch den Ausdruck gehoert; es hat mir niemals auch kein einziger Offizier aus der Luftwaffe gemeldet, und ich glaube auch nicht, dass ein einziger Offizier aus den Luftwaffenlagern abtransportiert worden ist. Niemals ist die Meldung an mihh gemacht worden.

F : Sie wissen doch, was die Aktion "Kugel " war, naemlich, dass ausgebrochene Offiziere und Unteroffiziere, die nicht Englaender und Amerikaner waren, der Polizei zu uebergeben und nach Mauthausen zu bringen waren, wo sie erschossen wurden und zwar so, dass man in den Messapparat einen Revolver versteckt hatte und, als sie dachten, dass sie ihre Kleider bekaemen - - - Sie wussten doch was die Aktion " Kugel " ist ?

H0306 – 0091

H0306-0092

A : Das habe ich hier gehoert.

F : Wollen Sie dem Gericht sagen, dass Sie nicht wussten, dass ausgebrochene Kriegsgefangene, die von der Polizei wieder gefangen worden waren, von der Polizei verhaftet wurden und nach Mauthausen gebracht wurden ?

A : Nein, das habe ich nicht gewusst. Ich habe hingegen so und so oft Ausgebrochene von meinen Lagern, die durch die Polizei wieder gefangen wurden, sie sind alle in die Lager zurueckgebracht worden und dieses war der erste Fall, wo das nicht zum Teil geschah.

F : Wussten Sie nicht, dass Oberst Welder als der Zweitkommandierende im Inspektorat Ihres Ministeriums einen schriftlichan Befehl erliess und zwar ein Monat vorher im Februar 1944, dass Kriegsgefangene, die von der Luftwaffe wieder eingefangen worden waren, in ihre Lager wieder yureckgebracht werden sollten, und das Kriegsgefangene, die von der Polizei gefangen wurden, von dieser beigehalten werden und dass sie dann nicht mehr den Schutz der Luftwaffe hatten. Wussten Sie das ?

A: Nein, ich bitte dann diesen Oberst vorzuladen, ob er mir jemals eine Meldung darueber gemacht hat oder an mich einen solchen Schriftwechsel richtete.

F : Nun, ich kann nicht sagen, ob Ihr Ministerium gut verwaltet wurde oder nicht. Er hat diesen Befehl ausgegeben, das hat er ja selbst gesagt ?

A : Dann muss er ja sagen, von wem er diesen Befehl bekommen hat.

F : O ja, er sagte, dass er diesen Befehl erteilte und Sie wissen genau so gut wie ich, dass Kriegsgefangene, dass man mit diesen sorgfaeltig umgehen muss, weil eine Schutzmacht vorhanden ist, die sich mit allen Beschwerden befasst. Sie haben das Uebereinkommen doch nicht abgewiesen und es galt waehrend des ganzen Krieges. Stimmt das ?

A : Das ist richtig, aber ich erlaubte mir zu fragen, wer ihm den Befehl gegeben hat, ob er ihn von mir bekommen hat.

F : Er wird den Befehl kaum direkt von Ihnen bekommen haben, denn Sie sagten doch, Sie haben ihn nie getroffen. Er wird ihn von Generalmajor Grosch bekommen haben.

A : Dann moechte Grosch sagen, ob er einen solchen Befehl von mir bekommen hat. Ich habe einen solchen Befehl nicht gegeben.

F : Schoen, Sie sagen, dass Sie nie gehoert haben, das war 3 1/2 Jahre nach Beginn des Krieges und Sie hatten noch niemals gehoert, dass ausgebrochene Kriegsgefangene der Polizei ueberlassen wurden, Sie wollen, dass das Gericht Ihnen das glaubt ?

A : Soweit ausgebrochene Kriegsgefangene irgendwelche Vergehen oder Verbrechen begangen haben, wurden sie selbstverstaendlich der Polizei uebergeben, glaube ich, aber, dass sie nur wegen ihres Ausbruches und nur wegen ihres Fluchtversuches der Polizei oder einem Konzentrationslager zugefuehrt wurden, oder ein solcher Befehl gegeben wurde, das will ich allerdings hier vor dem Geriht bestaetigen, dass ich das weder gewusst, noch einen solchen Befehl gegeben habe.

F ; Dies ist meine letzte Frage.

Ich will nur eines klarmachen, Zeuge, dass ich mich auf die beziehe, die fortgelaufen waren und spaeter von der Polizei wieder gefangen wurden. Wussten Sie nicht, dass diese der Polizei uebergeben wurden.

A : Nein, nur wenn sie Verbrechen begangen hatten auf der Flucht, Mord oder sonstiges, das kam ja auch vor.

(woraufhin die Sitzung bis auf Donnerstag den 21. Maerz 1946 lo:co Uhr, vertagt wurde)

H0306 - 0093